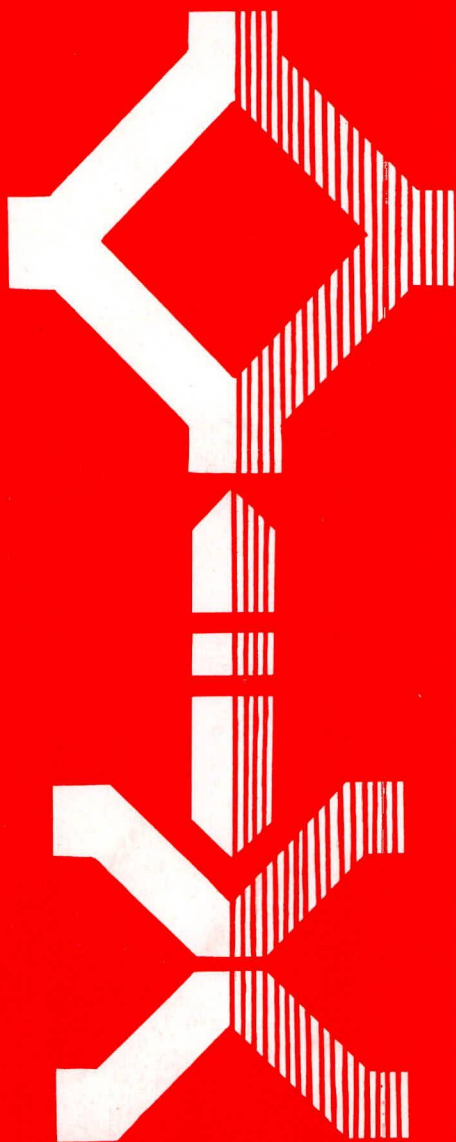


N 20587 F

Fragen der Freiheit



Theorie vom
Wirtschaftswachstum

Doppelheft 102 April 1973

Und wenn es gelänge, die *Währungsverfassung* mit einem Stabilisator des Geldwertes zu versehen, dann könnte man hoffen, daß die der Wettbewerbsordnung immanente Tendenz zu einem Gleichgewicht sich auswirkt, statt wie in der Vergangenheit wegen der mangelnden Konstruktion der bestehenden Währungsverfassungen in einen dauernden Wechsel, d. h. in Inflation und Deflation umzuschlagen.

Humboldt suchte nach den Grenzen der Wirksamkeit des Staates, um die Freiheitssphäre des einzelnen Menschen zu sichern. Diese Problemstellung ist eine zentrale, Wir aber suchen diese Grenze unter dem besonderen Gesichtspunkt der Wirtschaftspolitik.

Walter Eucken

FRAGEN DER FREIHEIT

— Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft —

Folge 102

April 1973

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung durch Lothar Vogel
Postverlagsort: 54 Koblenz

Inhaltsübersicht

Hans Hoffmann

Wachstum um jeden Preis

Die gegenwärtige konjunkturpolitische Zielsetzung

1

Ankündigung

29. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung

in Herrsching am Ammersee vom 21. bis 29. Juli 1973

Thema: Gibt es einen dritten Weg?

72

Lothar Vogel

In Druck: Die Verwirklichung des Menschen im sozialen Organismus . . .

77

Wachstum um jeden Preis*

Die gegenwärtige konjunkturpolitische Zielsetzung

Hans Hoffmann

Inhaltsverzeichnis

1. *Die Wachstumsphilosophie als Zeiterscheinung*
2. *Ein wenig Theorie*
3. *Was ist Wachstum — was soll wachsen?*
 - 3.1. Das Wachstum
 - 3.2. Das negative Wachstum
 - 3.3. Die Relativität des Wachstums
 - 3.4. Die Produktivität
 - 3.5. Die Wirtschafts- und Produktionsstruktur
 - 3.6. Die stationäre und die evolutionäre Wirtschaft
 - 3.7. Was soll wachsen?
 - 3.8. Zur Problematik
 - 3.9. Zusammenfassung
4. *Die Interdependenz zwischen der Produktion von Konsum- und von Kapitalgütern*
 - 4.1. In der statischen Wirtschaft
 - 4.2. In der dynamischen Wirtschaft
 - 4.3. Zusammenfassung
5. *Volkswohlstand und Volkswohlfahrt in der Wachstumspolitik*
6. *Die Wachstumspolitik*
 - 6.1. Zur Wachstumstheorie
 - 6.2. Prognose und Statistik
 - 6.3. Symptomtherapie
 - 6.4. Wachstum im Gleichgewicht
 - 6.5. Wachstum und Währungspolitik
 - 6.6. Ausweitung des Angebots
 - 6.7. Immer noch nichts gelernt
 - 6.8. Bereitschaft zur Arbeit

*) Nach dem Vortrag, gehalten anlässlich der 28. Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung in Herrsching / A. vom 22. bis 31. Juli 1972. Thema: Die Gesellschaft im Zielkonflikt zwischen wirtschaftlicher Expansion und menschlicher Entfaltung.

- 6.9. Zusammenfassung
- 7. *Wachstum und Geldwertstabilität*
- 7.1. Grundsätzliche Fragen
- 7.2. Die Liquidation der Hochkonjunktur
- 7.3. Das »deficit spending«
- 7.4. Die Umlaufsicherung des Geldes
- 7.5. Das »überkompensierte Spending«
- 7.6. Die Stagflation
- 7.7. Ewige Hochkonjunktur — ewige Inflation
- 7.8. Arbeitslosigkeit bei Inflation
- 7.9. Arbeit wird durch Kapital ersetzt
- 7.10. Versickertes Geld
- 7.11. Wachstum doch durch Inflation?
- 7.12. Wachstum nach Maß?
- 7.13. Geldmachen ist nicht Gütermachen
- 7.14. Zusammenfassung
- 8. *Ein Blick in die gegenwärtige Problematik*
- 8.1. In der Bundesrepublik Deutschland
- 8.1.1. Das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft
- 8.1.2. Der Sachverständigenrat
- 8.2. In der Schweiz
- 8.2.1. Zur Revision von Art. 31 quinquies der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft
- 8.2.2. Die schweizerische »Kommission für Konjunkturfragen«
- 8.3. Zusammenfassung
- 9. *Grenzen des Wachstums*
- 9.1. Die Unterentwickelten
- 9.2. Die Diskrepanz zwischen arm und reich
- 9.3. Die Produzenten und die Konsumenten
- 9.4. Die Taten und die Untaten der Regierungen
- 9.5. Die Folgen
- 9.6. Der Römer Klub (Club of Rome)
- 9.7. So geht die Welt zugrunde
- 9.8. Was ist konkret zu tun?
- 9.9. Zusammenfassung

1. Die Wachstums-Philosophie als Zeiterscheinung

Vollbeschäftigung als Ziel der Wirtschaftspolitik entstand aus dem Wunsch, *Massenarbeitslosigkeit* zu vermeiden. Dieses Ziel beherrschte das Denken und Handeln in den dreißiger Jahren als Folge der damaligen Millionen-Arbeitslosenheere und in den vierziger Jahren aus Furcht vor den Zusammenbruchs-Theorien Professor Böhlers, Jacques Rueffs und anderen. Nach der kriegsbedingten Vollbeschäftigung prophezeiten manche Autoren für die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg in Europa 12—15 Millionen, in den USA 8—10 Millionen Arbeitslose.

Als sich diese Prognosen nicht bewahrheiteten, blieb *das Postulat der Vollbeschäftigung* ohne Einbuße der Priorität aufrechterhalten, war doch der tiefgehende Eindruck der Weltwirtschaftskrise noch dominant.

Als dann statt der professoral erwarteten Deflation mit ihren beschäftigungsmindernden Folgeerscheinungen die *Inflation* das Feld beherrschte, war es die Sorge um den sinkenden Geldwert, welche in den fünfziger Jahren das Ziel der *Preisstabilität* in den Vordergrund rückte, eingedenk auch der Preisinflation nach dem ersten Weltkrieg.

Die durch die starre Wechselkurspolitik mehr und mehr sich verschlechternde Zahlungsbilanz, selbst in führenden Staaten, schuf neben der Forderung nach der inneren Geldwertstabilität auch die Forderung nach der äußeren Stabilität, d. h. des *Zahlungsbilanzgleichgewichts*.

Die Unfähigkeit, das Wechselkursproblem souverän zu lösen, stellte praktisch alle Staaten vor die Unmöglichkeit, die Postulate der inneren und der äußeren Stabilität gleichzeitig zu erfüllen. Es kam zu *Rezessionen*. So setzten die sechziger Jahre neue Akzente durch den Wunsch nach »Maximierung des Sozialproduktes«, oder wie dies heute terminiert wird, nach *Wachstum*.

Jedes Jahrzehnt brachte somit einen neuen Beitrag zum sogenannten magischen Viereck:

Vollbeschäftigung und Wachstum der Wirtschaft bei Geldwertstabilität und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht.

Mit diesem Viererbündel von Zielsetzungen befassen sich heute alle

Regierungen in West und Ost, werden Experten und Fachgremien zu Studien und Planungsvorschlägen aufgerufen.

Wachstum ist auch ein Prestigeargument. Dasjenige Land hat die beste Regierung, das die größte Wachstumsrate aufzuweisen hat. Derjenige Staat ist in der Lage, das größte Militärpotential zu entfalten, dessen Wirtschaft unaufhaltsam wächst. Daher das Ausspielen derartiger Machtdaten zwischen Ost und West. So wird oft die Wachstumsrate als ein Kurzausdruck für die wirtschaftliche und die daraus folgende politische und militärische Überlegenheit eines Systems gegenüber einem andern verstanden.

Das Prestigedenken geht sogar so weit, daß mancher bereit ist, nur um mit den Wachstumsraten östlicher Länder mithalten zu können, die Marktwirtschaft einer zentralen, dirigistischen Lenkung der Wirtschaft zu opfern. So sind oberflächliche Kritiker der Wettbewerbsordnung nicht selten eifrige Protagonisten einer forcierten Wachstumspolitik gegenüber dem Osten.

2. *Ein wenig Theorie*

Ist B die Gesamtzahl der Bevölkerung eines Landes (In- und Ausländer, produzierende und nichtproduzierende Glieder der Gesellschaft),

Y das Volkseinkommen, d. h. das Gesamteinkommen als Ergebnis der wirtschaftlichen Tätigkeit der Gesellschaft in einem Jahr, dann ist $\frac{Y}{B}$ das Volkseinkommen pro Kopf der Gesamtbevölkerung oder das Durchschnittseinkommen jedes Gliedes der Gesellschaft, ob produzierend oder nichtproduzierend.

Die Beziehung des Volkseinkommens zur Bevölkerung ist zweiseitig:

- jedes Glied der Bevölkerung ist Konsument, d. h. Verbraucher des Volkseinkommens,
- nur die »Arbeiter«, der produzierende Teil der Bevölkerung, sind Erzeuger, Produzenten des Volkseinkommens.

$\frac{A}{B}$ ist das Verhältnis des arbeitenden, produzierenden Teils der Bevölkerung zur Gesamtbevölkerung. Die arbeitsfähige Bevölkerung

liegt in der Altersgruppe vom 15.—65. Lebensjahr. Dieses Verhältnis ist von manchen individuellen und gesellschaftlichen Bestimmungsgründen abhängig: z. B.

- von der Ausdehnung der Schulung,
- von der Herabsetzung des Pensionierungsalters,
- von der Freistellung der Hausfrauen von der Berufsarbeit,
- von der Zahl der Arbeitsscheuen,
- von der Kinderzahl pro Ernährer (höhere Fruchtbarkeit der Fremdarbeiter).

Die »Arbeiter« A müssen über ihren eigenen Konsumbedarf hinaus produzieren, um auch die Lebensbedürfnisse des nichtproduzierenden Teils der Bevölkerung befriedigen zu können.

Ist H die Anzahl Stunden, während welcher die Arbeitenden das gesamte Volkseinkommen leisten, dann ist:

$\frac{H}{A}$ die durchschnittliche Zahl der Arbeitsstunden jeden Arbeiters in einem Jahr.

Auch dieses Verhältnis hängt von verschiedenen individuellen und gesellschaftlichen Bestimmungsgründen ab, wie z. B.:

- Ausdehnung oder Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit (44-Std.-Woche, 40-Std.-Woche, 36-Std.-Woche, 6-Tage-Woche, 5-Tage-Woche),
- Ausdehnung des Ferienanspruchs,
- Gewährung von Weiterbildungsurlaub,
- Gesundheitszustand, Arbeitsausfall durch Krankheit und Erholungsurlaub,
- Soziale Unruhen, Streiks
- Gammertum.

Die *Ergiebigkeit* der Arbeit drückt sich aus im Verhältnis:

$\frac{Y}{H}$ das ist das Volkseinkommen, welches durchschnittlich in einer Arbeitsstunde erzeugt wird.

Diese *Ergiebigkeit* oder *Produktivität* ist ein wesentlicher Bestimmungsgrund für das Wachstum des Volkseinkommens oder des Sozialprodukts. Sie ist abhängig von der Ausstattung der menschlichen Arbeit mit sachlichen Produktionsmitteln, nämlich der »Fruchtbarkeit

des Bodens« und der technischen Leistungsfähigkeit des Kapitals (Produktionsstätten, Produktionsmittel).

Aus diesen Grunderkenntnissen läßt sich aussagen:

Die Größe des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens ist abhängig:

- vom Anteil der Arbeitenden, d. h. Produzierenden an der Gesamtzahl der Bevölkerung = $\frac{A}{B}$
- von der Anzahl Arbeitsstunden, welche jeder Arbeitende im Durchschnitt jedes Jahr leistet = $\frac{H}{A}$
- von der Ergiebigkeit oder Produktivität der menschlichen Arbeit, d. h. vom Volkseinkommen, welches je Arbeitsstunde erbracht wird = $\frac{Y}{H}$

Diese Beziehungen lassen sich in einer Gleichung wie folgt ausdrücken:

$$\frac{Y}{B} = \frac{A}{B} \cdot \frac{H}{A} \cdot \frac{Y}{H}$$

Als *Wachstum* gilt die Differenz z. B. zwischen dem Volkseinkommen oder den Bevölkerungszahlen in zwei aufeinanderfolgenden Jahren im Sinne einer Zu- oder Abnahme

$$\Delta Y = Y_2 - Y_1$$

$$\Delta B = B_2 - B_1$$

Es sind dies absolute Zahlen.

Unter *Wachstumsrate* versteht man hingegen das relative Wachstum, d. h. das Wachstum, bezogen auf die Gesamtgröße des Vorjahres, ausgedrückt in Prozenten.

$$\frac{\Delta Y}{Y_1} \cdot 100 \quad \frac{\Delta Y}{B_1} \cdot 100$$

Beispiel: wächst das Volkseinkommen von $Y_1 = 200$ Mrd auf $Y_2 = 220$ Mrd, so ist

— das Wachstum: $\Delta Y = 220 - 200 = 20$ Mrd

— die Wachstumsrate: $\frac{\Delta Y}{Y_1} \cdot 100 = \frac{20}{200} \cdot 100 = 10\%$

Eine wichtige Beziehung besteht noch zwischen dem Wachstum des Volkseinkommens und dem Wachstum der Bevölkerung: Die Wachstumsrate des Volkseinkommens kann größer, gleich oder kleiner als die Wachstumsrate der Bevölkerung sein:

$$\frac{\Delta Y}{Y} \cdot 100 \begin{matrix} \geq \\ < \end{matrix} \frac{\Delta B}{B} \cdot 100$$

Anstelle des Volkseinkommens resp. des Sozialproduktes pro Einwohner $\frac{Y}{B}$ läßt sich auch das durchschnittliche Sozialprodukt pro Arbeitskraft untersuchen in der Beziehung $\frac{Y}{A}$.

Dieses ist wie gesagt abhängig von der Stundenleistung je Arbeitskraft $\frac{H}{A}$ und von der Produktivität oder Ergiebigkeit $\frac{Y}{H}$, d. h. von der Boden- und Kapitalausstattung der menschlichen Arbeit.

Da im Wachstum des Sozialproduktes über das Wachstum der Bevölkerung hinaus der Fortschritt liegt, d. h. wenn die Wachstumsrate des Sozialprodukts größer ist als diejenige der Bevölkerung,

$$\frac{\Delta Y}{Y} \cdot 100 > \frac{\Delta B}{B} \cdot 100$$

so liegt einzig in der Produktivität der menschlichen Arbeit die Chance der Steigerung des Volkswohlstandes begründet. Und da die Produktivität eine Funktion der Ausstattung der menschlichen Arbeit mit sachlichen Produktionsmitteln ist, gilt es analytisch die beiden Produktionsfaktoren Boden und Kapital optimal einzusetzen.

Das Produktionsmittel Boden ist sachlich in einer festen Menge gegeben. Im wirtschaftlich hochentwickelten »Westen« ließ sich die Grenze der »Bodenknappheit« durch intensiven Kapitaleinsatz immer wieder etwas hinausschieben. Demgegenüber läßt sich in den Entwicklungsländern, in denen die Agrarwirtschaft vorherrscht, die Ergiebigkeit wegen Mangel an Kapital nur schwer steigern. Auch läßt sich in diesen Ländern das Pro-Kopf-Einkommen auch deshalb nur sehr langsam erhöhen, weil dort eine hohe Wachstumsrate der Bevölkerung vorliegt. *Es ist somit vornehmlich der Produktionsfaktor Kapital, in welchem die Möglichkeit liegt, die Wachstumsrate des Volkseinkommens über diejenige der Bevölkerung hinaus zu steigern, d. h. das Pro-Kopf-Einkommen zu erhöhen.*

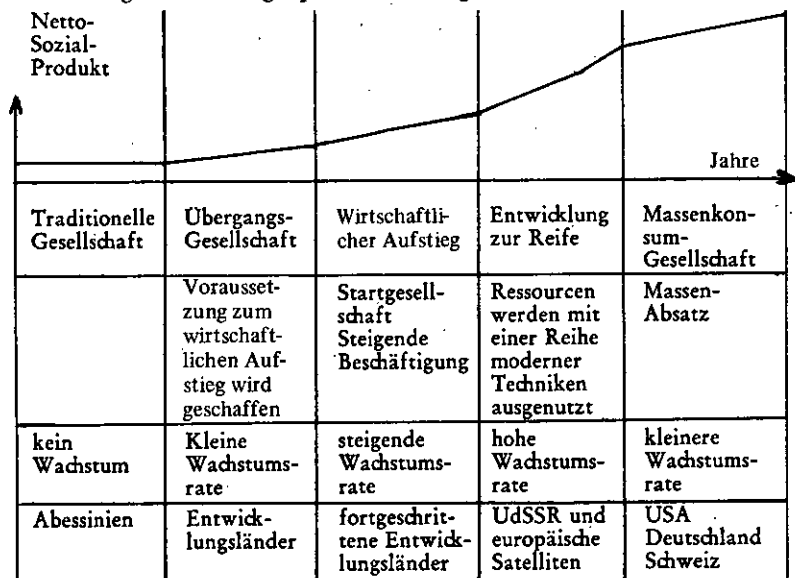
Eine Wirtschaft, welche mangels Bodens und vor allem Kapitals unergiebig arbeitet, hat es schwer, einen Teil der Produktionskapazität zur Kapitalbildung, also zur Erhöhung der Ergiebigkeit abzuzweigen. In Entwicklungsländern steht nur ein kleiner Teil des Gesamteinkommens zur Kapitalbildung zur Verfügung, der nicht zur Abdeckung des laufenden Versorgungsbedarfes der wachsenden Bevölkerung benötigt wird. *Entwicklungshilfe heißt somit in erster Linie Kapitalhilfe.*

Eine hohe Wachstumsrate ist Ausdruck eines großen Produktionszuwachses. Häufig wird daraus geschlossen, daß eine Wirtschaft mit einer hohen Wachstumsrate einen größeren effektiven Zuwachs an Gütern habe und der Wohlstandszuwachs für die Bevölkerung groß sein müsse.

Beide Feststellungen sind aber nur bedingt richtig.

Sehr anschaulich schreibt und skizziert Prof. Dr. Rolf Dubs in seiner »Wirtschaftsbürgerkunde für Mittelschulen« folgendes: »Weil die Wachstumsrate einen Prozentwert darstellt, spielt auch die Basis eine Rolle. Ein gleich großer Produktionszuwachs gibt in einem Land mit einem kleinen Sozialprodukt eine größere Wachstumsrate als in einem Land mit einem großen Sozialprodukt. Daraus folgt, daß die Wachstumsrate bei zunehmendem Sozialprodukt sinkende Tendenz hat.«

Diese Regel läßt sich graphisch wie folgt darstellen:



Zusammenfassung:

Das *Volkseinkommen* ist das Ergebnis der wirtschaftlichen Tätigkeit eines Volkes pro Jahr.

Das »Volk« ist »Produzent« und »Konsument« seines »Einkommens« zugleich,

- die Arbeitenden produzieren,
- *alle* konsumieren.

Aussagefähig ist das *Pro-Kopf-Einkommen*, es ist ein Maß für den allgemeinen Wohlstand eines Volkes und läßt sich mit den Pro-Kopf-Zahlen anderer Völker (mit gewissen Einschränkungen) vergleichen.

Das Volkseinkommen resp. das Pro-Kopf-Einkommen

- lassen sich *steigern* durch:
 - mehr Arbeit = Erhöhung der Zahl der Arbeitenden und der Arbeitsstunden
 - bessere Arbeit = bessere Schulung, Ausbildung
 - ergiebigere Arbeit = optimale Ausnutzung der Produktionsfaktoren Boden und Kapital
 - gute Gesundheit
 - psychologische Effekte
- lassen sich *reduzieren* durch:
 - weniger Arbeit = Ausdehnung der Schulzeit, Herabsetzung des Pensionierungsalters, Gammlertum, Herabsetzung der Arbeitszeit
 - schlechtere Arbeit = minderwertige Qualität
 - unergiebigere Arbeit = Belastung der Infrastruktur, der Umwelt
 - Verschlechterung der Gesundheit
 - weltanschauliche Effekte

Wachstum ist die Differenz zwischen einer End- und einer Anfangsgröße, vornehmlich während einer Zeitspanne von einem Jahr.

Wachstumsrate ist das in Prozenten ausgedrückte Wachstum.

Die Wachstumsrate pflegt man mit andern Wachstumsraten zu vergleichen, wie etwa der Bevölkerung, der Zahl der Beschäftigten, des Kapitaleinsatzes, des Preisindex.

Der Produktionsfaktor »*Kapital*« erlaubt, die menschliche Arbeit ergiebiger zu machen. Im »*Kapital*« liegt die Wurzel des Wachstums der Wirtschaft.

Eine Wirtschaft kann nur gedeihlich wachsen, wenn das Volk durch angemessenes Sparen das erforderliche Investivkapital bereitstellt.

Entwicklungshilfe ist vornehmlich Kapitalhilfe.

3. *Was ist Wachstum — was soll wachsen?*

3.1. *Das Wachstum*

Als *Wachstum* bezeichnet man eine statistisch erfaßbare Veränderung einer Größe, in der Regel im Zeitablauf eines Jahres.

Wachstum an sich, d. h. als absolute Zahl sagt nichts aus. Es muß in eine Beziehung zu einem Bestand oder zum Wachstum einer andern Größe gesetzt werden.

Vergleichsgröße ist meist die Zahl der Bevölkerung, sei es als Ganzes oder als Teil, wie etwa die Zahl der Beschäftigten, der Arbeitsstunden, der Haushalte, der Steuerzahler, usw. Vergleichsgröße ist zuweilen auch die jährliche Veränderung des Preisniveaus, d. h. der Kaufkraft des Geldes.

Verschleiß, Raubbau, Korrosion, Verschmutzung, Erstickung usw. sind *negatives Wachstum*. Auch das ist nicht in absoluten Zahlen zu betrachten, sondern in relativer Bewertung.

3.2. Das negative Wachstum

ist auch die Produktion minderwertiger Ware von der Wegwerflasche bis zum Auto von geringer »Lebensdauer«. Derartige kurzlebige Güter verbrauchen Rohstoffe, beanspruchen Arbeitskräfte, absorbieren Realkapital für Ersatzprodukte und für Ersatzinvestitionen anstatt daß diese für die fortschreitende Produktion zur Verfügung stünden. Man produziert etwa nach dem Motto: »Meister, die Arbeit ist fertig, soll ich gleich flicken?«

Minderwertige Wegwerf-, Verschleiß-, Abschreib-Waren binden auch Kräfte für das Wegräumen, Auflösen, Liquidieren und belasten damit die Infrastruktur des Landes wie auch die Umwelt.

Negatives Wachstum bewirken auch Streiks, Sabotage, Flugzeugentführungen, Piraterie, Extremistentätigkeit, Rüstung und Krieg.

Auch diese

- absorbieren Arbeitskräfte, Boden und Kapital, welche der Erzeugung von nützlichen Wohlstandsgütern verlustig gehen,
- zerstören bereits geschaffene Werte des Wohlstandes,
- verunsichern und verteuern besonders exponierte Teile der Infrastruktur.

3.3. Die Relativität des Wachstums

zeigt sich in der Definition dessen, was Wachstum *nicht* ist:

- Wachstum ist *nicht* — *mehr bauen*, sondern pro Kopf mehr bauen.
- Wachstum ist *nicht* — *besser bauen*, sondern pro Haushalt komfortabler bauen.
- Wachstum ist *nicht* —
 - *mehr* Fremdenverkehr,
 - *mehr* Flugplätze,
 - *mehr* Autos,
 - *mehr* Infrastruktur,sondern *pro Kopf* mehr.
- Negatives Wachstum ist *nicht* —
 - *mehr* Verschleiß,
 - *mehr* Korrosion,

- *mehr* Umweltbelastung,
- *mehr* Sabotage,
- sondern *pro Kopf* mehr.

3.4. Die Produktivität,

d. h. der Ausstoß an Gütern und Dienstleistungen je Mann/Arbeitsstunde kann durch Entwicklung der Automation, durch Optimalisierung des Einsatzes der Produktionsfaktoren, durch Coast-effectivnes-Analysen gesteigert werden. Aber auch durch Förderung der Gesundheit, durch psychologische Faktoren wie Arbeitsfreude, Arbeitswille, dann selbstverständlich auch durch bessere Schulung, Bildung und durch eine soziale Wirtschafts- und Währungsordnung.

Die Erhöhung der Produktivität *kann, muß* aber nicht zu Wachstum des Sozialproduktes führen. Einmal kann die Produktivitätserhöhung durch die Notwendigkeit erzwungen worden sein, teure oder schwer erhältliche Arbeitskräfte einzusparen; dann braucht das resultierende Sozialprodukt durchaus nicht zu wachsen. Oder es läßt sich bei Reduktion der Arbeitszeit die Erhöhung der Produktivität lediglich in Form von mehr Freizeit konsumieren: wenn mit weniger Arbeitszeit gleich viel Wohlstand erzeugt wird.

Bei Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Produktionsprozeß wächst das Sozialprodukt *absolut*, es wächst aber auch relativ, gemessen an der Zahl der Bevölkerung.

Beim Heranziehen von *ausländischen Arbeitskräften* verhält es sich etwas anders, indem das Sozialprodukt pro Einwohner (Fremdarbeiter zugezählt) relativ nicht zu wachsen braucht.

In *unterentwickelten* Staaten lassen sich sehr unterschiedliche Wachstumsraten feststellen. Während Japan dank seiner fortschreitenden Durchindustrialisierung hohe Wachstumsquoten aufweist, hat das Entwicklungsland Indien mit seiner großen Population Mühe, seinen Pro-Kopf-Wohlstand zu erhöhen.

3.5. Die Wirtschafts- und Produktionsstruktur

hat wesentlichen Einfluß auf die Produktivität der Arbeitsprozesse in einem Land. Wo die freie Marktwirtschaft durch konkurrenzfeind-

liche Institutionen, wie Kartelle, Trusts und andere, die freie Konkurrenz behindernde Organe, eingeschränkt ist, da lassen sich nicht optimal, d. h. mit höchster Produktivität Güter und Dienstleistungen erbringen. *Das Monopol ist der Feind der allgmeinwirtschaftlichen Er giebigkeit.*

Das Wachstum einer Volkswirtschaft hängt im wesentlichen auch von der *Betriebsweise* ab. Man denke an die Entwicklung vom Familienbetrieb, wo Mann, Frau und Kinder fast autonom wirtschafteten, bis zur selbständigen Wirtschaft, wo Mann und Frau als selbständige Wirtschaftssubjekte auftreten und in kleineren und größeren Unternehmungen zu Produktionsgruppen zusammengefaßt werden. Die Nachkriegszeit ist typisch gekennzeichnet durch das Verschwinden von Kleinbetrieben, durch spektakuläre Fusionen größerer Betriebe, durch die Übernahme bedeutender und traditionsreicher Unternehmungen durch solche des Auslandes, ja durch die wachsende Aktivität multinationaler Konzerne. Diese Konzentrationsbewegung wirkt sich negativ aus auf die Volkswohlfahrt, d. h. auf die gerechte Verteilung des Sozialproduktes.

Von einer *Stagnation* der Wirtschaft spricht man, wenn der Wachstumsprozeß zum Erliegen kommt. In einer schrumpfenden Wirtschaft unterbleiben auch die Ersatz-Investitionen.

Eine sogenannte *Überkonjunktur* beinhaltet umgekehrt die Gefahr der Über-Investition.

Der Wachstumsprozeß ist das Bild eines langfristigen Durchschnitts der wirtschaftlichen Entwicklung eines Wirtschaftszweiges, einer volkswirtschaftlichen Bestimmungsgröße oder global des Sozialproduktes eines Landes und wird in der Statistik als Trend abgezeichnet.

3.6. Die stationäre und evolutionäre Wirtschaft

In der *Wachstums-Theorie* unterscheidet man die statische und die dynamische Betrachtungsweise des Wirtschaftslebens.

In einer *stationären Wirtschaft* werden die Konsum-, Gebrauchs- und Kapitalgüter lediglich nach Maßgabe ihres Verbrauchs durch Neufabrikation, Re-Investition, Ersatz-Investition ersetzt. Die Summe der produzierten Güter und der erbrachten Dienstleistungen

sowie der Bestand an Produktionsanlagen bleiben von Periode zu Periode konstant.

Unter einer *wachsenden, evolutorischen Wirtschaft* versteht man eine solche, deren Produktionsertrag durch die Heranziehung zusätzlicher Produktionskapazitäten, durch Zugänge an Investitionsgütern, Netto-Investitionen fortlaufend gesteigert wird.

Ein anschauliches Bild über den Wachstumsprozeß in der deutschen Volkswirtschaft gab Werner *Sombart* im Jahre 1910 mit der folgenden interessanten Schilderung:

»Wenn wir etwa von dem heutigen Reichtumsgrad Deutschlands ausgehen, so können wir getrost sagen: verglichen damit war das Deutschland vor 100 Jahren ein armes Land. Und diese Armseligkeit hat unvermindert, vielleicht hie und da noch etwas verstärkt, angehalten bis fast um die Mitte des 19. Jahrhunderts: erst seit den 1850er Jahren begann der Aufschwung. Vorher, kann man sagen, herrschte unter den Massen des Volkes in Stadt und Land Not und Elend, die öfters zur Hungersnot ausarteten und in den Hungerepidemien ihren ergreifenden Ausdruck fanden; in den Kreisen der größeren Bauern, der Handwerker und Krämer und was ihnen gleichstand, ging es ärmlich zu; in den höheren Schichten des Bürgertums war ein bescheidenes Auskommen möglich, und von Reichtum, von Luxus oder gar von Üppigkeit der Lebensführung konnte höchstens bei einigen Familien des hohen Adels und bei vielleicht einem Dutzend' reicher Handelsherren die Rede sein.«

So geschrieben vor 60 Jahren. Sicherlich kann man, im Vergleich zu heute, auch die Zeit Sombarts um 1910 als »armselig« und von wenig »Üppigkeit« bezeichnen. Der Vergleich über längere Zeitperioden hinweg zeigt deutlich den Erfolg des Wachstumsprozesses, der allerdings während längerer Zeitabschnitte auch den Krebsgang angetreten hatte.

Der Ärmste kann sich heute mehr leisten als der »hohe Adel« und die »reichen Handelsherren« der damaligen Zeit.

3.7 Was soll wachsen?

Im Bereich unserer Betrachtung geht es ausschließlich um das wirtschaftliche Wachstum. Wachsen soll das Sozialprodukt, das Volkseinkommen, das Pro-Kopf-Einkommen und damit der Wohlstand des Volkes.

Man kann sich selbstverständlich die Frage stellen, ob das Pro-Kopf-Einkommen überhaupt wachsen soll. Diese Frage dürfte wohl unbestritten sein. Umstritten ist jedoch die oft vertretene Forderung nach Wachstum *par force*, nach hohen Wachstumsraten, nach einer aktiven, staatlichen Wachstumspolitik — koste sie was wolle, auch um den Preis der laufenden Geldentwertung.

3.8. Zur Problematik

Noch ein Hinweis auf die Problematik der Definition des Wachstums und der Wachstumsrate. Die geläufigste Definition lautet wohl: »Wirtschafts-Wachstum heißt Vergrößerung des realen Bruttosozialprodukts.« Wird das Wachstum in durchschnittlichen Veränderungs-raten zwischen zwei Zeitabschnitten ausgedrückt, dann kommt der Wahl des Basisjahres große Bedeutung zu; das gilt vor allem für Zeitreihen, wobei es insbesondere zu erheblichen Verschiebungen in den Wachstumsraten kommen kann, wenn die Basisjahre in die Minima von Depressionen oder Maxima von Hochkonjunktoren gelegt werden.

Wie *hoch* soll die Wachstumsrate sein? Ist sie mit der Geldentwertung resp. mit der Inflationsrate in Zusammenhang zu bringen? Bedeutet ein Absinken der Wachstumsrate von 4—5 Prozent z. B. auf 1—2 Prozent bereits den Untergang der Welt, den Ruin der Wirtschaft? Es dünkt einem, man betreibe mit dem starren Blick auf die Wachstumskurve doch etwas zuviel Fetischismus.

3.9. Zusammenfassung

Wachstum ist die Differenz zweier statistisch erfaßbarer End- und Basisgrößen, welche in einer absoluten Zahl die Veränderung einer

wirtschaftlichen Leistung, in der Regel im Ablauf eines Jahres, angibt.

Wachstum kann immer nur relativiert verstanden werden, z. B. bezogen auf die Zahl der Bevölkerung, der Haushalte, der Arbeitnehmer etc., d. h. »pro Kopf«, »pro Haushalt« etc.

Die Wachstumsrate ist das in Prozenten ausgedrückte relative Wachstum.

Negatives Wachstum liegt dann vor, wenn die Produktion reduziert, verschlechtert, belastet wird.

Die Produktivität ist der Ausstoß von Gütern und Dienstleistungen je Mann/Stunde.

Das Monopol ist wachstumsfeindlich.

Das Wirtschafts- und das Währungssystem haben wesentlichen Einfluß auf das Wachstum und auf die Wachstumsrate.

In den Betriebs- und Unternehmungsformen liegen wesentliche Bestimmungsgründe für das positive und das negative Wachstum.

Die stationäre Wirtschaft schafft Güter nach Maßgabe eines stets gleichbleibenden Verbrauchs, d. h. für gleichbleibenden Volkswohlstand.

Die evolutionäre Wirtschaft steigert den Produktionsausstoß durch die Heranziehung zusätzlicher Produktionskapazitäten und erbringt eine Steigerung des Volkswohlstandes.

Die Stagnation ist durch rückläufige Wachstumsraten gekennzeichnet.

Wachsen soll das relative Volkseinkommen.

Das relative Volkseinkommen (pro Kopf) ist ein Zeichen für den Wohlstand eines Volkes, nicht aber für seine Wohlfahrt.

Ob die Wirtschaft wachsen *soll*, ist unbestritten. Umstritten ist aber die Frage, ob das Wachstum *par force*, selbst unter bewußter Inkaufnahme der Inflation, politisch durchgesetzt werden soll: Kurzfristig, langfristig, selbst unter Opferung der Prinzipien der Marktwirtschaft.

4. Die Interdependenz zwischen der Produktion von Konsum- und von Kapitalgütern

4.1. In der statischen Wirtschaft

Eine Volkswirtschaft hat zu erbringen:

Die Deckung des Bedarfs an *Konsumgütern*, des sogenannten Existenzbedarfs.

- Dazu: die Produktion von Kapitalgütern zur laufenden Erhaltung dieser Bedarfsdeckung an Konsumgütern.

Die Deckung des Bedarfs an *mittelfristigen Gebrauchsgütern* für den täglichen und periodischen Bedarf; wie etwa Haushaltsgesgegenstände, Radioapparate, Motorfahrzeuge etc.

- Dazu: die Produktion von Kapitalgütern zur Aufrechterhaltung der Produktion dieser Gebrauchsgüter.

Die Deckung des Bedarfs an *langfristigen Gebrauchsgütern* für den dauernden Bedarf, wie etwa: Kühlschrank, Waschmaschine, Haus.

- Dazu: die Produktion von Kapitalgütern zur Aufrechterhaltung der Produktion solcher Güter des langfristigen Gebrauchs.

Die Deckung des Bedarfs an *Infrastrukturgütern*, wie z. B. Transportmittel (Bahnen, Schiffe, Lastwagen etc.), Straßen, Brücken, Spitäler, Flughäfen, Kraftwerke, Kasernen.

- Dazu: die Produktion von Kapitalgütern zur laufenden Erhaltung des Bestandes dieser Infrastrukturgüter.

Die Deckung des Bedarfs an *Bildungsgütern* wie etwa Schulen, Universitäten, Laboratorien, Forschungsstellen, Lehrmittel.

- Dazu: die Produktion von Kapitalgütern zur Aufrechterhaltung der laufenden Produktion dieser Bildungsgüter.

Die Deckung des Bedarfs an Gütern für den *Umweltschutz*, d. h. für den Ersatz von fahrlässig zerstörtem Kapital und für den Schutz vor fahrlässiger Zerstörung der Umwelt, wie z. B. der Bau von Abwasserreinigungsanlagen, Kehr-richt-, Kompostierungs- oder Verbrennungsanlagen, Abfallbeseitigung, Abwärme-Rückgewinnung.

- Dazu: die laufende Produktion von Produktionsmitteln zur Erhaltung dieser Anlagen.

Bei der bisherigen Aufzählung handelte es sich vorerst nur um die Aufrechterhaltung des Bestehenden,

Wahrung des Wohlstandes eines Volkes,

durch die Erbringung von Gütern und Dienstleistungen für den laufenden Konsum, für den laufenden Bedarf an mittel- und langfristigen Artikeln, für die Infrastruktur, die Bildung und den Umweltschutz,

durch die Produktion von Produktionsmitteln, d. h. von Sach- oder Realkapital zur Amortisation, d. h. zur Ersatz-Investition zwecks Ausmerzung des Kapitalverschleißes: Wiederinstandstellung und Ersatz von Maschinen, Werkzeugen, Fabrikationseinrichtungen, Fabrikanlagen, Werkstätten usw.

4.2. In der dynamischen Wirtschaft

Nun hat aber die Volkswirtschaft in einer dynamischen, evolutiö- nären Wirtschaft noch die Aufgabe der

Deckung des Bedarfes an *Fortschritts- oder Wachstumsgütern*, d. h. mehr und bessere Konsumgüter,
mehr und bessere Gebrauchsgüter,
mehr und bessere Infrastrukturgüter,
mehr und bessere Bildungsgüter,
mehr und bessere Umweltschutzeinrichtungen.

- Dazu: mehr und bessere Investitionen in Kapitalgüter
 - zur *quantitativen* Vermehrung der Produktion über den gegenwärtigen Konsum- und Bedarfsstand hinaus,
 - zur *qualitativen* Verbesserung der Konsum- und Gebrauchsgüter über den gegenwärtigen Lebensstandard hinaus,
 - zur Erhöhung der *Produktivität* in der handwerklichen, gewerblichen und industriellen Produktion.

Wachstumsgüter sind Zusatzgüter, Expansionsgüter über den Bestand an Gütern des gegenwärtigen Wohlstandes hinaus.

Sie mehren den relativen Wohlstand einer Volksgemeinschaft, sie bedeuten eine Vergrößerung des mittleren Sozialproduktes pro Einwohner, des durchschnittlichen Einkommens pro Einwohner.

Die Produktion von Wachstumsgütern bedeutet nicht nur die rela-

tive Vermehrung der Konsum-, Gebrauchs- und Kapital-Güter, sondern auch die *Verbesserung* deren *Qualität*:

mehr und besser wohnen.

Das *relative Wachstum* wird möglich durch:

Verbesserung der *Arbeitsintensität*, d. h. Entfaltung der Arbeitsmoral vom Schlaraffenleben zum optimalen Einsatz der Arbeitskraft,

Verbesserung der *Arbeitsqualität*, d. h. bessere Schulung, Bildung, handwerkliches Können, Ingeniösität,

Entwicklung der Technologie, verbesserte Arbeitsmethoden, verbesserte Produktionsverfahren,

bessere Nutzung des Produktionsfaktors Boden: Trockenlegung der Zuidersee, Meerwasser in Trinkwasser aufbereiten, Gezeitenkraftwerke, Satelliten finden neue Bodenschätze und schützen vor Zerstörungen,

Vermehrung der Investitionen zwecks rationellerer Produktion, Verbesserung der Qualität, Verminderung des Verschleißes,

bessere Beherrschung der Umweltprobleme: d. h. keine Ausbeutung, Aussaugen des Bodens, Verschmutzung, Emissionen,

Verbesserung der Infrastruktur,

Gesundung der Wirtschaftsordnung im Sinne der Marktwirtschaft, Liberalisierung des Binnen- und Außenhandels,

Reorganisation des Währungswesens im Sinne der Stabilisierung der Kaufkraft der Währungseinheit.

Die obigen Darlegungen zeigen deutlich die Interdependenz zwischen der Schaffung von Konsum-, Gebrauchs- und Verbrauchsgütern einerseits und Kapital-, Investitions-, Amortisations-Gütern andererseits.

Das Volkseinkommen zeigt sich, von der Verwendungsseite her betrachtet, aufgeteilt in

— Konsumieren

— Sparen

— Investition, Kapitalbildung

— Horten im Sparstrumpf.

In der Sparform der Realkapital-Bildung liegt der Fortschritt, das Wachstum begründet; im Horten, in der Thesaurierung, im Hang zur Liquidität die Stagnation. Eine dynamische gleichgewichtige Volks-

wirtschaft verlangt ein gesundes Verhältnis zwischen konsumieren und sparen.

Wird zuviel konsumiert, verbraucht, verschlissen, so treibt man Raubbau an den Rohstoffen, am Kapital, an den Produktionsgütern. Wird zuviel auf Abzahlung, auf Konsumtions-Kredit verbraucht, so läßt sich das Realkapital nicht genügend amortisieren, regenerieren, erneuern, geschweige denn in Qualität und im Bestand fördern: der Wohlstand auf »Pump«, der vorweggenommene Wohlstand bricht zusammen.

Die Interdependenz, d. h. die gegenseitige Beziehung zwischen Konsum- und Kapitalbildung muß in jeder Zeitperiode optimal abgestimmt sein.

4.3. Zusammenfassung

Die Volkswirtschaft hat primär die Aufgabe,

- den laufenden Bedarf eines Volkes zu decken an:
 - Konsumgütern des Existenzbedarfs,
 - mittelfristigen Gebrauchsgütern,
 - langfristigen Gebrauchsgütern,
 - Infrastrukturgütern,
 - Bildungsgütern,
 - Gütern für den Umweltschutz,
- den laufenden Bedarf an Kapitalgütern zur Aufrechterhaltung der Produktion obiger Güter und Dienstleistungen.

Die Volkswirtschaft hat sekundär die Aufgabe, über diese Produktion von Gütern und über diese Erbringung von Dienstleistungen zur laufenden Erhaltung des Volkswohlstandes hinaus noch Konsum-, Gebrauchs-, Infrastruktur-, Bildungs-, Umweltschutz- und Kapital-Güter zu schaffen, welche den Volkswohlstand mehren, verbessern, wachsen lassen. Wir sprachen von Fortschritts-, Wachstums- oder Expansionsgüter.

Wachstum erfordert auch moralische Qualitäten wie Arbeitsintensität, Arbeitsqualität, Ingeniosität, Verantwortungsbewußtsein.

Wachstum verlangt

- Intensive Forschung,
- Entwicklung der Technologie,

- optimale Nutzung des Bodens,
- Beherrschung der Umweltprobleme,
- Gesundung der Wirtschafts- und Währungsordnung.

Die Interdependenz zwischen der Schaffung von Konsum- und Kapitalgütern ist evident.

Konsumieren und Sparen müssen in einem fortschrittsfördernden Verhältnis zueinander stehen.

Viel konsumieren, wenig sparen saugt die Wirtschaft aus, Wachstum ist unmöglich.

Sparen heißt investieren und nicht horten.

In der Realkapitalbildung liegt der Fortschritt begründet.

Horten, thesaurieren, Hang zur Liquidität bedeuten Stagnation der Wirtschaft.

5. Volkswohlstand und Volkswohlfahrt in der Wachstumspolitik

Die Nationalökonomie definiert den *Volkswohlstand* als die Menge an Gütern und Dienstleistungen, welche einem Volksganzen zur Deckung seiner Bedürfnisse im Ablauf eines Jahres zur Verfügung steht.

Bisher haben wir aber noch nicht von der *Volkswohlfahrt* gesprochen. Es ist dies ein Begriff, der sich darüber ausspricht, wie gleich- oder ungleichmäßig das Sozialprodukt auf die einzelnen Wirtschaftssubjekte verteilt wird. Mit der sogenannten Lorenzschen Kurve lassen sich die Verteilungscharakteristiken der verschiedensten Einkommensströme anschaulich darstellen.

Für die »Wohlfahrt« einer Nation ist es wesentlich, daß das Volkseinkommen auf breiter Basis gestreut ist, d. h. daß die Einkommenspyramide zu einer auf einer Spitze stehenden Doppelpyramide wird: wenig ganz große, wenig ganz kleine, aber eine überwiegend große Zahl mittlere Einkommen.

Um dies zu erreichen, müssen die Einkommen der einzelnen Wirtschaftssubjekte *echte* Einkommen aus Arbeit und Leistung sein.

Einkommen aus Grundeigentum und aus Geldkapitaleigentum, also Grundrente und Kapitalzins, sind *unechte, arbeitsfreie* Einkommen, welche vornehmlich von der großen Zahl der unteren und mittleren Einkommensbezüger, quasi als Einkommensverminderung, aufgebracht

werden müssen zugunsten jener relativ kleinen Gruppe von Faktoren-Eigentümern, welche nur aufgrund ihres monopolcharakteristischen Eigentums zu einer zusätzlichen, *unechten* (weil nicht auf Arbeitsleistung beruhenden) Einkommens-*Vermehrung* kommen.

Wer Grund und Boden, wer Geldkapital zu Eigentum hat und dieses Eigentum der Wirtschaft *nicht* zur Verfügung stellt, der schädigt, stagniert die Wirtschaft und damit auch sich selbst. Wer es indessen zur Verfügung stellt, tut nicht nur seine selbstverständliche Pflicht, sondern handelt aus ureigenstem Interesse. Der wirtschaftliche Wert von Grund und Geldkapital steht und fällt mit dem prosperierenden oder stagnierenden Gang der Wirtschaft.

Ohne Arbeit keine Produktion, ohne Produktion keine florierende Wirtschaft, ohne florierende Wirtschaft kein Grund- und Kapital-Wert. Es sind somit nicht die Grund- und Kapital-Eigentümer, welche den Wert ihres Eigentums bestimmen und erhalten, sondern es sind die *effektiv und real Arbeitenden*, welche konkrete Werte schaffen und welchen damit der volle Arbeitsertrag, d. h. das volle jährliche Volkseinkommen als Arbeitsentgelt gehört. Stattdessen wird ihnen nur etwa die Hälfte bis zwei Drittel des Verkaufserlöses der am Markt abgesetzten Güter und Dienstleistungen als *echtes* Einkommen, als Lohn ausbezahlt, während die anderen ein Drittel bis ein halb des Volkseinkommens in Form von Grundrente und Kapitalzins als *unechtes*, weil arbeitsfreies Einkommen den an Zahl wesentlich kleineren, für diesen Belang nichtarbeitenden zufälligen Faktoreneigentümern zufließen.

- Es wird damit der überwiegenden Zahl von Wirtschaftssubjekten
- ihr Einkommen wesentlich gekürzt und so
 - die Möglichkeit genommen, ihren Konsum und damit die Nachfrage nach Gütern des Konsum- und Gebrauchsbedarfs auszuweiten,
 - ferner die Möglichkeit reduziert, zu sparen und zu investieren.

Da, wie wir gesehen haben, sparen und investieren wesentliche Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Fortschritt sind, ist es sehr wichtig, diese Elemente des Wachstums aus möglichst vielen Quellen fließen zu lassen, das will heißen, der breiten Schicht der arbeitenden Bevölkerung die Möglichkeit einzuräumen, vermehrt zu investieren.

Die beiden Verteilungsfaktoren Grundrente und Kapitalzins sind der optimal gleichmäßigen Verteilung des Sozialprodukts abträglich, vermindern daher die sogenannte Volkswohlfahrt und hemmen aufgrund der heute geltenden Ordnung die Kapital- und damit die Fortschritts- resp. Wachstumsbildung.

Zusammenfassung

Nicht nur der *Volkswohlstand*, viel mehr auch die *Volkswohlfahrt* ist entscheidend für das wirtschaftliche Wohlergehen eines Volkes.

Volkswohlfahrt heißt optimal gleichmäßige Verteilung des Volkseinkommens unter die Wirtschaftssubjekte.

Die Verteilung muß nach Maßgabe *echter* Arbeitsleistung erfolgen, d. h. *unechte* Einkommen wie Grundrente und Kapitalzins sind der angestrebten Gleichmäßigkeit der Volkseinkommens-Verteilung abträglich.

Da das Sparen und Investieren die Grundlage des wirtschaftlichen Wachstums bilden, ist es wichtig, das Sparkapital aus möglichst vielen Quellen fließen zu lassen, also das Arbeitseinkommen durch sukzessiven Abbau der arbeitsfreien Einkommen zu steigern.

Die Arbeitenden schaffen Werte und bestimmen durch ihren Fleiß auch die Werte von Grund- und Kapitaleigentum.

Die Einkommen aus Grund- und Kapitaleigentum stehen somit den Arbeitenden zu, was ihnen eine Erhöhung ihres echten, bisherigen Arbeitseinkommens um 50—100 Prozent ausmachen würde.

Damit würde die Wohlfahrt der breiten Volksschichten erheblich ansteigen und durch vermehrtes Kapitalsparen würden Mittel zu vermehrtem Wachstum bereitgestellt.

In der Verbesserung der Volkswohlfahrt liegt auch die Mehrung des wirtschaftlichen Wachstums begründet.

6. Die Wachstums-Politik

6.1. Zur Wachstumstheorie

Die Wachstumstheorie reicht weit zurück. Schon früh beschäftigte man sich mit den Gesetzmäßigkeiten, mit den Fragen der Kontinuität oder der Diskontinuität des Wachstums. Um diese Gesetzmäßigkeiten

erkennen zu können, wurde versucht, *exogene*, d. h. außerwirtschaftliche Einflüsse wie etwa die Entwicklung hemmende Kriege oder das Wachstum forcierende Flüchtlingsströme auszuklammern.

Untersucht wurden vor allem die *endogenen* Einflüsse, welche ihren Ursprung aus der Wirtschaft selbst herleiten, wie z. B. Kreditexpansion- oder -kontraktion, Änderung der Verbrauchsneigungen, währungspolitische Störungen (Inflation, Deflation).

Auf einen einzelnen Produktionszweig bezogen wurde die Glockenformtheorie entwickelt: *Huppert* sah die Produktion eines bestimmten wirtschaftlichen Gutes in zuerst steigenden, von einem Wendepunkt an fallenden Zuwachsbeträgen; graphisch ergibt sich eine glockenförmige Kurve. Ein neues Produkt wird zuerst von einigen wenigen, weitblickenden Unternehmern produziert. Erkennt schließlich auch die Masse der Unternehmer die Absatzchance, so entschließt auch sie sich, dieses Produkt herzustellen. Die Produktion wächst bis zum Erreichen der Marktsättigung. Treten aufgrund des technischen Fortschritts neue Produkte am Markt auf und verdrängen die bisherigen (Surrogatkonkurrenz), so sinkt die Produktion der überholten Güter, unter Umständen bis auf den Nullpunkt. Beispiele: Gaslampe, Dampflokomotive, Pferdetransport, kunstseidene Textilien (Ersatz durch Nylon, Perlon etc.).

Huppert glaubte einen symmetrischen Anstieg und Abfall der Wachstumsraten als Richtschnur einer Analyse oder Prognose des tatsächlichen Wachstumsverlaufs erkannt zu haben. Dieser werde um so gleichmäßiger und anhaltender sein, »je größer und vielgestaltiger die Zahl der Verbraucher des Erzeugnisses ist, je wichtiger und beständiger der Bedarf ist, dem das Erzeugnis dient, je weniger das Erzeugnis mit anderen Erzeugnissen konkurriert.«

Von einer Gruppe von Erzeugnissen, von einem ganzen Industriezweig erwartete *Huppert* zwangsläufig einen gleichmäßigen Verlauf des Wachstums, da Erzeugnisse verschiedener Entwicklungsstufen von einer größeren Erzeugungs- und Verwendungsbreite profitieren.

In der globalen Wirtschaft werden junge Industrien mit lebhafter technischer Entwicklung (Vermögensanlage in Wuchsaktien), und solche, bei denen die Produktion auf dem Kulminationspunkt ist, stagniert oder sogar absolut zurückgeht, integral erfaßt. In diesem glo-

balen Bereich wird sinngemäß die regelmäßigste Wachstumsentwicklung erwartet.

Aus der Erfahrung heraus, daß ganze Volkswirtschaften und Volkswirtschaftsgruppen von tiefgreifenden Zusammenbrüchen wie von einem Konjunkturfieber heimgesucht werden können, d. h. von positivem wie von negativem Wachstum, entstanden neue Theorien der Wachstums-Politik, des Wachstums-Dirigismus.

6.2. *Prognose und Statistik*

Wer den Wirtschaftsablauf beeinflussen will, bedarf vorerst der *Prognose* des künftigen Ablaufes und auch eines Instrumentariums zur zeitgerechten und wirksamen Beeinflussung der das Wachstum bestimmenden Faktoren.

Wenn Prognose nicht nur Prophetie sein soll, sind eine zuverlässige Statistik und eine gesicherte Kenntnis der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge erforderlich. Die Statistik ist heutzutage sehr weit ausgebaut, macht aber deren Interpretation nicht einfach.

6.3. *Symptomtherapie*

Die Wachstumspolitik beschränkt sich heute lediglich auf *Symptomtherapie*. Von den von Huppert bis Böhler noch geglaubten Konjunkturzyklen von 7—12 Jahren ist man längst abgekommen. An Stelle der Abschirmung von exogenen Störungen spricht man heute von der außenwirtschaftlichen Absicherung. Die konjunkturpolitischen Instrumente sind mannigfaltiger, aber durchaus nicht wirksamer geworden. Und zwar aus dem einfachen Grund, weil sie samt und sonders nicht an den Kern der Sache, nicht an den Ursprung der echten oder vermeintlichen Fehlentwicklung heranreichen.

6.4. *Wachstum im Gleichgewicht*

Die modernen Wachstumstheoretiker haben sich vor allem mit der Frage des Gleichgewichtes im Wachstumsprozeß beschäftigt. Es handelt sich dabei um ein Gleichgewicht im dynamischen Sinne, das besagt, daß

- keine unausgelasteten Produktionsfaktoren (Arbeit, Boden, Kapital) vorhanden sein sollen,
- kein Geld gehortet werden darf und
- der Geldwert stabil bleiben muß:
- Also Vollbeschäftigung, Wachstum und stabiler Geldwert.

Es wurden verschiedene Wachstumsmodelle entwickelt und in mathematische Formeln zu kleiden versucht. Es sollen formelmäßig die Relationen des gleichgewichtigen Wachstums, d. h. der proportionalen Zunahme von Gesamteinkommen und Produktionskapazität errechnet werden können. Das entscheidende Problem wird darin gesehen, daß die Zunahme des Volkseinkommens jederzeit ausreicht, um die zusätzliche Menge an Gütern und Dienstleistungen, auch im Investitionssektor aufzunehmen. Es wird festgestellt, daß die Zunahme der Wachstumsrate (= Einkommenszuwachs) abhängig sei,

- einmal von der Höhe des Kapitalkoeffizienten ($= \frac{\text{Bruttoinvestition}}{\text{Zuwachs des Sozialproduktes}}$)
- zum ändern von der Größe der Sparneigung (= Anteil der Sparquote am Volkseinkommen).

Die »Erfinder« dieser Modelle sind sich deren Komplexität durchaus bewußt, machen sie doch klar, daß der Erklärungsbereich durch eine Reihe von Prämissen bedingt ist, wie etwa

- Konstanz der Investitionsquote,
- Konstanz des Kapazitätseffektes,
- gleichbleibende Preisrelation,
- konstanter Zinsfuß,
- außenwirtschaftliches Gleichgewicht,
- usw. usf.

Lauter Bedingungen, die der Realität nicht entsprechen und in ihren Korrelationen wenig überschaubar sind.

Ein Verdienst ist diesen Theorien hingegen nicht abzusprechen: sie glauben an ein Wachstum ohne Gleichgewichtsstörungen, im Gegensatz etwa zur Marxschen Zusammenbruchstheorie.

6.5. Wachstum und Währungspolitik

Stellt man sich die Frage, warum sich gleichgerichtete Konjunktur- und Wachstumstrends nicht nur auf einzelne Industrien oder von ein-

ander abhängige Gruppen solcher beschränken, sondern meist die ganze Volkswirtschaft erfassen, wenn nicht sogar internationalen Charakter haben, so kommt man unschwer zur Erkenntnis, daß diesen Wachstums-Entwicklungen eine gemeinsame Ursache zugrunde liegen muß — nämlich das Geld- und Währungswesen:

Dazu schreibt Prof. Dr. Rolf Dubs in seiner »Wirtschaftsbürgerkunde für Mittelschulen«:

»Nach Auffassung der Wachstumstheorie drängt sich eine Loslösung von der ausschließlich auf die relativ kurzfristigen Auf- und Abwärtsbewegungen ausgerichteten Betrachtungsweise der Konjunkturpolitik auf. In Zeiten der raschen wirtschaftlichen Expansion sind vielmehr Tendenzen zu langfristiger Entwicklung in den Vordergrund zu stellen. Insbesondere müssen die produktiven Investitionen gefördert werden, weil nur eine hohe Investitionsrate den wirtschaftlichen Expansionsprozeß ohne störende Nebenerscheinungen (Inflation) sicherstellt.«

»Die Wachstumspolitik will also das Mißverhältnis zwischen Geld- und Güterstrom durch eine Vergrößerung des Güterangebots beseitigen. Im Gegensatz zur herkömmlichen Konjunkturpolitik soll nicht mehr die Nachfrage beschränkt, sondern das Angebot ausgeweitet werden.«

6.6. Ausweitung des Angebots

Dieses Ziel soll nach Prof. Dr. Kneschaurek (Hochschule St. Gallen) durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

- Arbeitsmarktpolitik:
Quantitative Erhöhung des Angebots an Arbeitskräften.
- Finanzpolitik:
Friktionslose Anpassung der Infrastruktur an die Erfordernisse der wachsenden Wirtschaft.
- Preis- und Lohnpolitik:
Gemeinsame und solidarische Aktion gegen inflatorische Preisauftriebe in Zeiten des raschen Wirtschaftswachstums.
- Geld- und Kreditpolitik:
Nicht mehr generelle Beschränkung der Kreditgewährung, son-

dern gezielte Kreditrestriktionen nach Maßgabe des »produktiven Grades« der angestrebten Investitionen, Beschränkung des Konsumkredites.

— Investitionspolitik:

Ausrichtung der gesamten Investitionstätigkeit auf die Produktivitätssteigerung und damit optimale Verwendung der Finanzmittel.

6.7. *»Immer noch nichts gelernt«*

kann man beim Betrachten dieses Kataloges sagen:

In einem Land mit so hohem Fremdarbeiterbestand wie der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland lassen sich höchstens noch Pensionierte über die Altersgrenze hinaus gewinnen.

Der Ausbau der Infrastruktur ist wohl zielkonform, erweist sich aber bei der heutigen Zins- und Bodenpolitik als außerordentlich kostspielig.

Gemeinsame Aktionen gegen den Preisauftrieb zeitigten noch nie eine Wirkung, weil dies Sache der Notenbank und nicht Sache solidarisch zusammengeschlossener Wirtschaftspartner ist. Maßhalteappelle haben noch nie etwas gefruchtet.

Beschränkung der Kreditgewährung beruht einmal auf der irrigen Auffassung, Kredit sei Geld und wirke nicht inflationshemmend, sondern im Gegenteil inflationsfördernd, weil Kreditbeschränkung = Produktionsbeschränkung bedeutet, welche bei gleichzeitiger Aufblähung der Geldmenge (Inflation) seitens der Notenbank preistreibend wirkt.

Optimale Verwendung der Investitionsmittel zur Förderung der Produktivität. Wer stellt die von allen Interessenten akzeptierte »Prioritätsliste« der Investitionen auf?

Erschütternd ist, daß kein Wort von einer gesunden, fortschrittlichen Notenbankpolitik die Rede ist.

6.8. *Die Bereitschaft zur Arbeit*

ist für das Wachstum einer Volkswirtschaft entscheidend. Wenn dies zutrifft, dann dürften alle Anstrengungen, das wirtschaftliche

Wachstum zu prognostizieren, zu programmieren, zu kommandieren etc. irrealistische Gedankenspielerien sein.

Regierungen und Sachverständige denken — aber die einzelnen Wirtschaftssubjekte und deren Gruppierungen und Organisationen lenken.

Hier besteht eine Reihe von Dilemmata.

Einmal bestehen die Regierungen und die Sachverständigen aus weitgehend *gebundenen* Menschen. Das volkswirtschaftliche Wachstum steht auf ihren Fahnen geschrieben — das Wachstum derjenigen Interessengruppe, der sie politisch, ökonomisch, finanzorientiert »innerlich« angehören, liegt ihnen am Herzen — wie das Portefeuille und das Parteibuch in der Busentasche. Sie stehen vor dem Dilemma, dem Volk oder sich selbst zu dienen und mancher Expertenbericht schließt mit den Satz »quod erat demonstrandum« — was zu beweisen war. So werden Privatinteressen zu Gemeininteressen umfunktioniert — groteskerweise ohne daß die betroffene Allgemeinheit sich dessen gewahr wird, geschweige denn sich dagegen zur Wehr setzt.

Bei entwickelten Nationen drängen die Gewerkschaften auf Arbeitszeitverkürzung, sobald der durchschnittliche Wohlstand als erreicht gilt.

Die individuellen Nutzenkalküle der Wirtschaftssubjekte lassen sich nun aber einmal nicht kanalisieren und dirigieren.

»Aus der Not der Unfähigkeit, das Arbeitsangebot zu regulieren, entsteht die Tugend einer reinen Nachfragetheorie, um nicht zu sagen einer Inflationstheorie und -politik des Wachstums«,

meint Prof. Dr. L. A. Hahn. Immer wieder erweist sich die Inflationsspritze als das Mittel des geringsten Widerstandes — und das Volk hat ja bereits gelernt, widerstandslos mit der Geldentwertung zu leben.

Auch auf der Arbeitnehmerseite finden sich die Dilemmata zur Genüge. Wirtschaftswachstum ja — sofern es meinem subjektiven Wachstum förderlich ist. Wachstum meines Wohlergehens ja — sofern dies ohne Mehrarbeit, ohne Mehranstrengung geht.

Nicht nur der Güterkonsum, sondern auch der Ruhekonsum soll wachsen. Die Arbeiter arbeiten nicht mehr, ja sogar weniger, sobald sie den Nutzen der letzten Arbeitsstunde — den dafür empfangenen

Lohn — geringer schätzen als den Nutzen der Nichtarbeit, der Ruhe. Dies ist, je nach Mentalität, schon sehr früh der Fall — bei unterentwickelten Völkern sobald die primitivsten Lebensbedürfnisse gedeckt sind.

6.9. Zusammenfassung

Die Wachstumstheorie ist alt und vielschichtig. Huppert entwickelte die Glockenform-Theorie, wonach die Produktion eines Gebrauchsgutes ansteigt, den Kulminationspunkt der Marktsättigung erreicht und wieder abfällt. Je breiter die Basis eines Produktes ist, desto symmetrischer verläuft die Glockenformkurve der Wachstumsraten.

Wer das Wachstum im wirtschaftlichen Ablauf beeinflussen will, bedarf

- einer zuverlässigen Prognose,
- gesicherter volkswirtschaftlicher Erkenntnisse und
- eines marktkonformen Instrumentariums.

Wachstum im dynamischen Gleichgewicht der Wirtschaft verlangt

- optimale Auslastung der Produktionsfaktoren,
- hortungsfreie Zahlungsmittel,
- stabilen Geldwert.

Die Zunahme der Wachstumsrate hängt ab

- von der Höhe des Kapitalkoeffizienten,
- von der Größe der Sparneigung.

Allgemeine globale Konjunktur- und Wachstumstrends haben ihre Ursachen in der Geld- und Währungspolitik.

Die heutige Praxis der Wachstumspolitik erschöpft sich zum großen Teil in der Symptomtherapie.

Die einzig erfolgreiche Wachstumspolitik sieht ihre Aufgabe in der Eliminierung des Mißverhältnisses zwischen Geld- und Güterstrom.

Die Bereitschaft zur Arbeit ist wachstumsentscheidend.

Heute wird nicht nur Güterkonsum, sondern auch Ruhekonsum verlangt. Die marktkonforme Relation zwischen diesen beiden diametralen Konsumarten bestimmt den Wohlstand eines Volkes.

7. *Wachstum und Geldwertstabilität*

7.1. *Grundsätzliche Fragen*

Ziel jeder modernen Wirtschafts-, Währungs- und Kreditpolitik ist heute: Expansion bei Geldwertstabilität.

Gegenwärtig ist aber die Lehre vorherrschend, wonach das Wachstum »das sie meinen und das ihr Herz begehrt«, ohne Geldwertaushöhlung nicht zu erreichen sei. Sehr oft liest und hört man, die Inflation sei als Preis der Expansion zu betrachten. Es wird behauptet, eine Hochkonjunktur könne nur durch monetäre Expansion, d. h. durch Geldinflation am Leben erhalten und nur so könne jeder wesentliche Rückschlag vermieden werden.

Diese Philosophie hat aber ihre Konsequenzen. Sie bedeutet zum einen, daß man bei jeder wirklichen oder vermeintlichen Dämpfungserscheinung, die sich am Horizont abzeichnet, nach der monetären Konjunkturspritze ruft — zum andern heißt das: ewige Hochkonjunktur, ewiges Wachstum verlangt ewige Inflation, ewige Geldentwertung.

Es stellen sich somit drei Fragen:

- Verlangt das Wachstum der Wirtschaft unabdingbar das laufend zu unterhaltende Feuer der Inflation?
- Kann das Wachstum einer Volkswirtschaft durch monetäre Expansion über das Maß hinaus gefördert werden, das sich auch in einem nichtinflationistischen Milieu ohnehin entwickeln würde?
- Ist Wachstum bei stabilem Geldwert möglich oder führt Preisstabilität unweigerlich zum Rückgang des Wachstums oder gar zur Schrumpfung der Wirtschaft?

Diese Fragen haben grundsätzliche Bedeutung und die Politiker wie das Volk sollten mit allen Konsequenzen wissen, für was sie sich entscheiden. Bisher hat man auf allen Stufen ohne ernsthafte Bedenken mit der Deflation wie mit der permanenten Inflation gelebt als vermeintlichen »Preis« für irgendwelchen Vorteil: Die Deflation mit ihren Millionen-Arbeitslosenheeren wurde als »Gesundungskrise« hingenommen, die Inflation rühmt man als Quelle des Wachstums.

7.2. Die Liquidation der Hochkonjunktur

Prof. Dr. Albert Hahn, »Ewige Hochkonjunktur und kommandiertes Wachstum«, unterscheidet eine »klassische Liquidation der Hochkonjunktur nach unten« und eine »Keynessche Liquidation der Hochkonjunktur nach oben«.

In der Vor-Keynesschen Zeit wurde vor allem vom schwedischen Nationalökonom Knut *Wicksell* bereits erkannt, daß der Konjunkturzyklus im wesentlichen ein monetäres Phänomen ist.

Die progressive Verstärkung der »effektiven Nachfrage« durch monetäre Expansion ist die Ursache des Konjunkturaufschwungs. Die vermehrte Nachfrage trifft auf unausgenützte Kapazitäten, insbesondere an Arbeitskräften, mit dem Ergebnis, daß Produktion, Beschäftigung und Preise steigen. Oder wie Keynes sich in seiner »Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes« ausdrückte:

»Die Steigerung der effektiven Nachfrage bewirkt, allgemein gesprochen, einesteiis eine Steigerung der Zahl der Beschäftigten und andernteils die Erhöhung des Preisniveaus.«

Dabei soll anfänglich nur die Beschäftigung steigen und es entstehe zunächst nur eine Mengenkonjunktur. Bei Annäherung an Vollbeschäftigung aber steigen die Preise, erst langsamer, dann rascher als die Vollbeschäftigung, und schließlich steigen nur noch die Preise. Die Geldlöhne folgen dann den Preisen. Die Steigerung sei es gerade, die aus bisher unbeschäftigten Arbeitern beschäftigte mache.

Ist der Aufschwung das Ergebnis einer Verstärkung der Nachfrage, so ist im Gegensatz dazu das Ende der Hochkonjunktur verursacht durch ihre Verringerung, sei es durch eine Verringerung des Angebots an Krediten aufgrund einer deflatorischen Zentralbankpolitik, sei es durch eine Verringerung des Bedarfes an Krediten infolge sinkender Gewinnerwartungen — quasi eine Selbstdeflation wie *Schumpeter* sich ausdrückt.

Die Verringerung der Nachfrage macht die Entwicklung während des Aufschwungs rückgängig. Durch diese Deflation der »effektiven Nachfrage« sinken die Preise und dadurch erzwungen: Beschäftigung und Produktion — mit einem gewissen »lag« bald auch die Löhne, und zwar bei Beschäftigungslosigkeit bis auf Null.

Hahn meint,

»der Nachteil dieser ‚Liquidierung der Hochkonjunktur nach unten‘ ist natürlich der Rückgang der Beschäftigung während des Abschwungs. Ihr Vorteil aber ist, daß der Geldwert über die Gesamtdauer des Zyklus intakt bleibt. Die Geldwertverringerung während der Hochkonjunktur wird durch die Geldwertsteigerung während der Rezession korrigiert.«

Diese Auffassung fußte auf dem heute leider noch nicht ganz antiquierten Glauben an die Konjunkturzyklen, etwa im Sinne der sich ständig und naturgesetzlich folgenden 7 fetten und 7 mageren Jahre.

7.3. Das »deficit spending«

Hier setzte die Theorie des »deficit spending« von *Keynes* an. Er empfahl, die Hochkonjunktur »nach oben« zu liquidieren: Da Lohnsenkungen praktisch und politisch nicht mehr zu erreichen seien, müsse die monetäre Nachfrage auf das Hochkonjunkturniveau hinaufmanipuliert werden.

Keynes dachte, dies in erster Linie durch Senkung der Zinssätze zu erreichen und — wenn diese nicht effektiv genug ist — an »deficit spending«, d. h. an direkte Investitionen durch den Staat.

Hahn meint dazu:

»Beide Methoden bezwecken natürlich nichts anderes, als daß das Versickern der Nachfrage im Abschwung durch Schaffung neuen Geldes zugunsten der privaten oder der öffentlichen Wirtschaft kompensiert wird — daher die Bezeichnung ‚compensatory spending‘.«

7.4. Die Umlaufsicherung des Geldes

Hier müssen gleich einige Überlegungen angestellt werden. Auf- und Abschwung der Wirtschaft ist unbestreitbar ein monetäres Phänomen. Wenn die »Nachfrage im Abschwung versickert«, so heißt das doch nichts anderes, als daß Geld aus dem Verkehr gezogen und in Banktresore und in Sparstrümpfe gesteckt wird — also Deflation.

Man müßte logischerweise zunächst einmal verhindern, daß Nach-

frage, d. h. Geld »versickert«, vom Markt verschwindet, will man ernstlich die Rezession, den Abschwung der Wirtschaft vermeiden.

Hier stellt sich konkret die Forderung nach der *Umlaufsicherung* des Geldes, d. h. nach der Sicherung des Nachfrageflusses.

Wird dieser Forderung keine Beachtung geschenkt, so bleibt schließlich nur noch die kompensierende Nachfrageschaffung, d. h. der Ersatz des »versickerten Geldes« durch neugeschaffenes Geld. Dies aber erhöht die Gesamtemission an Notenbankgeld, d. h. es wird die Notenmenge erhöht, auf welche die Zentralnotenbank, einmal emittiert, keinen Einfluß mehr hat. So ist es leicht möglich, daß im Zuge der kompensierenden Neugeldschaffung das »versickerte Geld« zusätzlich wieder zum Vorschein kommt und damit die Inflation tüchtig angeheizt wird.

So verbreitet sich *Hahn* über

7.5. *das überkompensierende Spending.*

Wenn nämlich die Arbeiter erkennen, daß die Lohnerhöhungen, die mit den Preiserhöhungen parallel gehen (Index-Löhne), *nur nominal*, nicht aber *real* sind, dann verflüchtigt sich die von Irving Fisher sogenannte »money illusion«, die Illusion von der Konstanz des Geldwertes. Es werden zusätzliche Lohnerhöhungen gefordert.

Ferner merken die Arbeiter, daß ihre Löhne wohl den gegenwärtig gezahlten, nicht aber denjenigen Preisen Rechnung tragen, die die Unternehmer am Ende der Produktionsperiode infolge der fortschreitenden Inflation erzielen, mit anderen Worten, daß die gegenwärtigen Löhne hinter den zukünftigen Preisen zurückbleiben, so daß die Unternehmen Konjunkturgewinne einheimsen. So werden auch aus diesen Überlegungen neue Lohnbegehren gestellt.

Von diesen Lohnerhöhungen profitieren auch die im Laufe der Hochkonjunktur zusätzlich eingestellten Arbeiter — die Lohnanteile an den Produktenpreisen steigen, bis schließlich die Rentabilität der Unternehmungen sinkt und unter dem »profit squeeze«, dem Profitdruck Betriebe eingeschränkt oder gar stillgelegt werden müssen. So entsteht, sagt *Hahn*, mitten in der Hochkonjunktur die Arbeitslosigkeit der Depression, und er führt wörtlich aus:

»Die stimulierende Wirkung der Inflation auf Produktion und Beschäftigung erschöpft sich, sobald die Forderungen der Produktionsfaktoren sich dem schwindenden Geldwert angepaßt haben, so daß die ganze Manipulation im Endeffekt nur in einer mehr oder weniger gleichmäßigen Erhöhung aller Preise endet — gemäß der guten alten Quantitätstheorie.«

Das heißt also, daß die viel geforderte Indexierung der Verteilungsfaktoren Löhne, Zinsen, Renten die Unternehmungen unter den sogenannten »profit squeeze« setzt — Betriebe werden eingestellt, Arbeiter entlassen — um die hohen Lohnkosten, welche durch die Monopolmacht der Gewerkschaften über den Marktpreis hinaufgedrückt worden sind, zugunsten der Gewinne einzusparen —.

Wir bekommen das Bild, das wir heute mit dem Ausdruck

7.6. *Stagflation*

bezeichnen, nämlich eine stagnierende, rückläufige Wirtschaft mitten in der Hochkonjunktur, Arbeitslosigkeit trotz Inflation — oder das Phänomen einer inflatorischen Rezession. Dies, weil die Inflation bei zunehmender Kompensation der Geldentwertung ihre stimulierende Wirkung verliert und die Unternehmer unter Profitdruck kommen.

So folgert *Hahn*:

»Wünscht man die sonach drohende Arbeitslosigkeit nach dem Keyneschen Rezept durch ‚Liquidierung der Hochkonjunktur nach oben‘ zu beseitigen, genügt daher kein ‚compensatory spending‘. Zur Wiederherstellung der Nachfrage/Angebots-Situation, die zur Neueinstellung der Arbeitskräfte während des Aufschwungs geführt hatte, bedarf es eines ‚overcompensatory spending‘. Das heißt, es bedarf zur Wiederanfachung der Konjunktur immer neuer Inflationsschübe.«

Daraus folgt für *Hahn* die erschreckende Konsequenz:

7.7. *Ewige Hochkonjunktur — ewige Inflation,*

wenn er sagt:

»Man wird danach in der Tat zwar zugeben müssen, daß der

Versuch, die Hochkonjunktur zu verewigen, d. h. jeden ernststen Rückschlag zu vermeiden, gelingen kann.

Aber da jeder neue Konjunkturanstieg nicht, wie früher, von einem ermäßigten, sondern im Gegenteil von einem erhöhten Preis- und Lohnniveau ausgeht, kann dies nur auf Kosten des Geldwertes gelingen. Ewige Hochkonjunktur ist identisch mit ewiger Inflation.«

In der Tat kam es in allen modernen Staaten der westlichen Hemisphäre seit dem zweiten Weltkrieg zu keiner ernsthaften Deflationskrise mehr, weil bereits die Ansätze einer Depression sofort durch neue Inflationsschübe »amputiert« wurden. Die moderne Konjunkturpolitik arbeitet mit ähnlichen Methoden wie weiland Herkules in seinem Kampf mit der Hydra von Lerna bei Argos. Wohl gelang es, mit wenigen schwachen Rezessionen über die Runden zu kommen, aber, von kurzen Unterbrechungen abgesehen, sank der Geldwert beständig.

Wir sprachen eben von der *Stagflation*, der modernen Wortschöpfung, welche das allgemeine Erstaunen zum Ausdruck bringt, daß, im scheinbaren Gegensatz zur Quantitätstheorie, *Stagnation* bei *Inflation* möglich ist.

7.8. Arbeitslosigkeit bei Inflation

Nun, die verschiedenenorts aufgetretene Arbeitslosigkeit, welche sich vor allem in den USA und in England in verhältnismäßig hohe Zahlen bezifferte, war und ist nicht nachfrageseitig, also geldseitig bedingt, denn es herrschte während der ganzen Nachkriegszeit Inflation und nicht Deflation.

»Die natürliche«, sagt Prof. Dr. L. A. Hahn, »von den Interessenten freilich gelegnete Erklärung der Arbeitslosigkeit ist: Die Monopolmacht der Gewerkschaften hat die Entlohnung der Arbeit über ihren Marktpreis hinaufgedrückt, so daß sich die Einstellung weiterer Arbeitskräfte nicht mehr rentiert. Die Arbeitslosigkeit ist also eine strukturelle und, sogar im Sinne Keynes, eine freiwillige.

Gleichwohl wird zur Aufsaugung der Arbeitslosigkeit das Keynesche Rezept der monetären Expansion angewandt. Man

schießt mit konjunkturellen Kanonen auf strukturelle Spatzen — einer der Hauptgründe der schleichenden Inflation der Nachkriegszeit.«

Der Erfolg dieser konjunkturellen Kanonenschüsse, d. h. Inflations-spritzen, ist oft wohl inflations- und produktionsfördernd; nicht aber unbedingt beschäftigungsvermehrend. Denn wenn die Entlohnung der Arbeit durch gewerkschaftlichen Druck, also marktwidrig im Produktionskostengefüge unverhältnismäßig stark ansteigt, so führt diese Verschiebung in den relativen Kosten zum bekannten Substitutionseffekt:

7.9. Arbeit wird durch Kapital ersetzt,

besonders wenn zur Stimulierung der Wirtschaft die relative Verbilligung des Produktionsfaktors Kapital angestrebt wird. Diese »Lohn-Substitution« hat indessen weittragende Konsequenzen. Kapitalinvestitionen zur Substitution der die Rentabilität der Unternehmung gefährdenden Lohnerhöhungen können sich kleine und mittlere Betriebe oft nicht leisten. Sie werden notleidend, geraten in die »roten Zahlen« — und werden schließlich von leistungsfähigeren Betrieben aufgekauft. Große Unternehmungen lassen es gar nicht bis zu den »roten Zahlen« kommen, sie sehen sich vor und fusionieren.

So erwächst der Macht der geballten Gewerkschaft als Reaktion die Macht des geballten Kapitals. So lange die konjunkturfreundliche Wirkung der »Inflation auf kleinem Feuer« anhält, mögen sich die beiden Machtgruppen die Waage halten. Wehe aber, wenn das sehr labile Gleichgewicht gestört wird, der Rückgang der Nachfrage das Absatzvolumen der Unternehmungen unter ihre Produktionskapazität absenkt, dann werden nicht die Kapitalinvestitionen, sondern die relativ teuren Arbeitskräfte abgebaut. Gelingt es den Gewerkschaften, durch politischen Druck Arbeiterentlassungen zu ächten, Arbeiter entlassende Betriebe zu diffamieren, so sind, wie dies heute schon geschieht, Betriebsschließungen die unausweichliche Folge.

Daher der allenthalben feststellbare Zwang oder zum mindesten die Duldung, die Inflation zur laufenden Konjunkturanfackung weiter schleichen und damit das Geld progressiv weiter sich entwerten zu lassen.

7.10. Versichertes Geld

Und dies nur, um das »Versickern der Nachfrage« durch »Schaffung neuen Geldes« zu *kompensieren*, anstatt das »Versickern« selbst durch die *Umlaufsicherung* des Geldes zu *verhindern*.

Man könnte hier einwenden, das Kompensieren sei ein neutraler Vorgang, würde doch nur »versichertes« Geld durch »neues« Geld ersetzt. Die Erfahrung lehrt aber, daß die Zentralnotenbank nicht weiß, wo und wieviele der von ihr emittierten Noten zirkulieren oder eben »versickert« irgendwo liegen und es daher auch nicht in der Hand hat zu verhindern, daß die »versickert« gewählten gesetzlichen Zahlungsmittel teilweise aus ihren Verstecken hervorkommen und sich mit den neugeschaffenen Geldern zusammen auf den Markt werfen. Allerdings ist es den Zentralnotenbankendirektionen zugute zu halten, daß es ihnen gelang, die Wachstumsraten der Geldemission und damit die Inflations- oder Geldentwertungsraten in relativ bescheidenem Rahmen zu halten, verglichen mit den Riesen-Inflationen früherer Epochen. Dieser Vergleich ist allerdings ein schwacher Trost.

Das »compensatory spending« ist somit nicht preisneutral, im Gegenteil, es schießt zumeist weit über sein Ziel hinaus und trägt damit wesentlich zur Förderung der inflationären Gesamtsituation bei.

Man kann sich auch fragen, ob zur Erhaltung der Konjunktur wirklich eine »Inflation auf kleinem Feuer« *nötig* sei, ob nicht viel besser die Stabilität des Preisniveaus angestrebt werden sollte. Die Frage ist berechtigt.

7.11. Also Wachstum doch durch Inflation?

Die vorstehenden Überlegungen befaßten sich vorerst nur mit dem Gedanken, die Konjunktur auf dem einmal erreichten Stand zu erhalten, d. h. eine Rezession oder gar eine Deflationskrise zu vermeiden. Es ging darum, das »Versickern der Nachfrage« durch monetäre Einspritzungen, d. h. durch Schaffung neuen Geldes aufzufangen, zu neutralisieren.

Es wurde festgestellt, daß es bei fehlender Umlaufsicherung des Geldes keine andere Möglichkeit gibt, »versickerte Nachfrage« zu ersetzen, als durch monetäre Injektionen, welche infolge der damit ver-

bundenen Aufblähung der Geldmenge unvermeidbar zur Inflation führen —, und zwar über das zur reinen Kompensation erforderliche Maß hinaus.

Doch sind unter den heutigen Auffassungen breitesten Kreise die Begriffe Inflation, gute Konjunktur und Wachstum so eng miteinander verknüpft, daß Publikum wie Börse die Verkleinerung der Inflationsrate bereits als Vorzeichen einer anbrechenden Deflation bewerten und zum Anlaß des wirtschaftlichen Zurückhaltens nehmen würden.

Ahnend, daß 1 Prozent Preissenkung schlimmer ist als 1 Prozent Preisanstieg, wissend, daß 7 Prozent Deflation eine Katastrophe, 7 Prozent Inflation aber einen wirtschaftlichen Aufschwung bedeuten, zieht jeder die Inflation der Deflation vor und fürchtet sich vor der effektiven Geldwertstabilität, bei der man die Konjunktur auf des Messers Schneide im labilen Gleichgewicht wähnt. Darum lieber Inflation!

Also: Inflation, Geldentwertung zur Erhaltung der Konjunktur, m. a. W. monetäre Expansion zur Vermeidung der wirtschaftlichen Rezession.

7.12. Wachstum nach Maß?

Nun erhebt sich die Frage: Kann Inflation auch zur Erzielung jeden gewünschten Grades von Wachstum empfohlen werden, etwa nach einem Grundsatz: Je mehr Inflation, desto mehr Wachstum?

Nach der herrschenden Auffassung ist Inflation als das geeignetste Mittel zur Wachstumsförderung so selbstverständlich, daß reale Expansion schlechthin mit monetärer Expansion gleichgesetzt wird — ein dialektischer Trick, sagt *Hahn*, durch den die Diskussion von vornherein von den wahren Bestimmungsgründen des Wachstums abgelenkt wird.

Wir müssen uns nochmals der eingangs entwickelten Definition erinnern, wonach wirtschaftliches Wachstum dann vorliegt, wenn das Bruttosozialprodukt *real* vergrößert wird. Dieses kann nur wachsen, — wenn mehr gearbeitet wird,
— wenn mehr Kapital zur produktiven Fertigung eingesetzt wird,

- wenn technische Neuerungen die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeitskraft steigern,
- wenn die Kombination der Produktionsfaktoren durch die Unternehmungen optimal erfolgt,
- wenn die Verteilung des Sozialprodukts leistungsgerecht vonstatten geht,
- wenn eine marktwirtschaftliche Ordnung herrscht,
- wenn eine gesunde, d. h. deflations- und inflationsfreie, wechselkursunbelastete Währung zur Verfügung steht.

Dies sind die wesentlichen Bestimmungsgründe des wirtschaftlichen Wachstums.

Dabei ist zu beachten, daß die einzelnen Elemente das Wachstum der Wirtschaft verschieden beeinflussen. Während die Vermehrung oder Intensivierung der menschlichen Arbeitskraft sich sofort und direkt in einer Erhöhung des Bruttosozialproduktes answirken, tragen Investitionen erst in den späteren Produktionsperioden ihre Früchte.

In der höheren, über die Ersatzinvestitionen hinausgehende Kapitalverwendung liegt der wesentlichste Bestimmungsgrund des Fortschritts, d. h. der Möglichkeit, das Sozialprodukt über die Bevölkerungsvermehrung hinaus, ja sogar bei reduzierter Arbeitszeit und bei mehr Freizeit, wachsen zu lassen.

Doch darf die Kapitalbildung niemals durch die Notenpresse finanziert werden, sie muß aus den Ersparnissen der Volkswirtschaft durch Konsumverzicht ihre Alimentierung finden.

7.13. Geldmachen ist nicht Gütermachen

Wir sehen, Wachstum heißt: mehr und effektvoller arbeiten — und nicht, mehr Geld ausgeben. Vor allem ist Geldmachen noch lange nicht Gütermachen.

Geld ist der Ausdruck eines Anspruchs an das Sozialprodukt und einen Anspruch kann nur erheben, wer etwas in die Wirtschaft hineingegeben hat oder noch geben wird (Arbeitsentgelt oder Kredit).

Dem Geld, das aus der Notenpresse kommt, steht kein wirtschaftliches Gut gegenüber, aus dem es seinen Anspruch real ableiten könnte,

es führt als irrealer »Anspruch« zur Geldvermehrung über das Güterangebot hinaus zur Inflation, nicht aber zu Wachstum.

Wenn nun aber die Inflation keine Voraussetzung des wirtschaftlichen Wachstums ist, warum spricht man vielenorts doch beide, gleichsam als siamesische Zwillinge, in einem Atemzug aus? Aus demselben Grund wie wir schon bei Behandlung der bloßen Erhaltung des Gesundheitsgrades einer Volkswirtschaft gesehen haben: Angst vor Rezession und Deflation durch »Versickern der Nachfrage«, d. h. durch Thesaurierung eines Teiles des Geldes, das als Anspruch auf Güter und Dienstleistungen der Wirtschaft nicht entzogen werden darf, soll nicht Absatzstockung die Wirtschaft rezessiv zurückentwickeln.

Wir stellen fest:

- Inflation ist nicht Bedingung zu wirtschaftlichem Wachstum,
- wirtschaftliches Wachstum erwächst aus mehr und effektvollerer Arbeit,
- »Inflation auf kleinem Feuer« ist nur als Gegenteil von Deflation gemeint, d. h. um die Thesaurierung von Geld resp. das »Versickern von Nachfrage« in einem die Rezession fördernden Ausmaß einzudämmen,
- Inflation wird somit, auch im Bereich der Wachstumsförderung, bewußt oder unbewußt, als Ersatz für die fehlende Umlaufssicherung des Geldes propagiert,
- in Tat und Wahrheit wäre wirtschaftliches Wachstum, bei Umlaufssicherung des Geldes, auch bei stabilem Geldwert durchaus möglich, ja sogar effektiver.

7.14. Zusammenfassung

Expansion bei Geldwertstabilität ist ein allgemein angestrebtes Ziel.

Wachstum ohne Aushöhlung des Geldwertes sei nicht möglich ist die allgemeine Auffassung.

Diese Philosophie führt zum Griff nach der monetären, also inflationären Konjunkturspritze.

Im wirtschaftlichen Abschwung »versichert die Nachfrage« und es wird nach Prof. Dr. L. A. Hahn gemäß dem Keyneschen »deficit

spending« das »versickerte«, thesaurierte Geld durch Schaffung neuen Geldes kompensiert: »compensatory spending«.

Man müßte logischerweise das »Versickern der Nachfrage«, also die Thesaurierung von Geld verhindern, ehe man zur inflatorischen Geldspritze greift.

Die Umlaufssicherung des Geldes drängt sich auf.

Die Indexierung der Faktorenentgelte erschöpft die stimulierende Wirkung der Inflation auf die Produktion.

Einzelne Unternehmen, unter Profitdruck gesetzt, müssen mitten in der Hochkonjunktur ihre Betriebe einschränken oder gar schließen. Es entsteht Stagnation in der Inflation oder wie der moderne Kurzausdruck heißt: *Stagflation*.

Auf der Grundlage der heutigen Wirtschafts- und Währungspolitik ist ewige Hochkonjunktur identisch mit ewiger Inflation, also ewiger Geldentwertung.

»Arbeit wird durch Kapital ersetzt« ist der Substitutionseffekt, wenn im Kostengefüge die Löhne marktwidrig über die Produktivität der Arbeit hinaufgedrückt werden.

Unter den heutigen Verhältnissen wird Preisstabilität als labiles Gleichgewicht betrachtet, das geradesogut zur Inflation wie zur gefürchteten Deflation umkippen kann. Darum wird die Inflation der Preisstabilität vorgezogen.

Die Inflation, zum mindesten die schleichende Geldentwertung, drängt sich als Mittel gegen das »Versickern der Nachfrage« auf, mangels Umlaufsicherung des Geldes.

In Tat und Wahrheit ist das Wachstum nicht an Geldentwertung gebunden, es ist bei Preisstabilität nicht nur möglich, sondern im Gegenteil effektvoller.

Wirtschaftliches Wachstum erwächst aus mehr und effektvollerer Arbeit und nicht aus der inflatorischen Geldvermehrung.

8. *Ein Blick in die gegenwärtige Problematik*
8.1. *In der Bundesrepublik Deutschland*
8.1.1. *Das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des
Wachstums der Wirtschaft*

Daß das deutsche »Grundgesetz« vom 23. Mai 1949 im Hinblick auf die Wirtschaftsordnung neutral ist und keinerlei konjunkturpolitische Zielsetzungen stipuliert, wurde mehrfach schon als Mangel empfunden. Besonders seit der prekären Wirtschafts- und Finanzentwicklung der Deutschen Bundesrepublik von 1965/66, welche in die sogenannte »erste Nachkriegs-Rezession« von 1966/67 ausgemündet haben soll, wurde eine Reihe von Gutachten und Gesetzesentwürfen verfaßt mit dem Ziel, die Konjunktur im Sinne der Wachstumsförderung in den Griff zu bekommen. Erinnert sei an das sogenannte Troeger-Gutachten: »Gutachten über die Finanzreform in der Bundesrepublik Deutschland« von Anfang 1966. (Troeger, der damalige Vizepräsident der Deutschen Bundesbank, war Vorsitzender der Sachverständigen-Kommission, welche am 20. März 1964 gebildet worden war.)

Die Gutachter zielten auf eine Revision von Art. 109 GG ab, um die dort verankerte Finanzhoheit der Länder zu durchbrechen, damit dem Bund die Möglichkeit gegeben wird, eine mittelfristige Finanzplanung anzustreben, antizyklische finanzpolitische Maßnahmen zu ergreifen und die Grundlage für den Erlaß von Vorschriften über die öffentliche Verschuldung von Bund und Ländern zu schaffen. (Art. 109 GG lautet: »Haushaltstrennung in Bund und Ländern: Bund und Länder sind in ihrer Haushaltswirtschaft selbständig und voneinander unabhängig.«)

Am 2. September 1966 legte die Regierung Erhard dem Bundestag den »Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes« und den »Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der wirtschaftlichen Stabilität« vor. In der ersten Lesung proklamierte die SPD durch Prof. Dr. Karl Schiller zunächst fünf, später siebzehn Forderungen (»Essentials«) zur Ergänzung des Stabilitätsgesetzes und ließ durchblicken, daß die Opposition der Änderung des Grundgesetzes nur bei angemessener Berücksichtigung dieser »Essentials« zustimmen werde. Nach der Ablösung Erhards durch Kiesinger, nach der Bildung der soge-

nannten »Großen Koalition« CDU/CSU mit der SPD informierte Schiller, nun als Bundesminister für Wirtschaft, am 2. Februar 1967 den Wirtschaftsausschuß des Bundestages über die nach Auffassung der neuen Bundesregierung notwendigen Änderungen der Vorlage. Bei dieser zweiten Fassung handelte es sich um einen völlig überarbeiteten Gesetzesentwurf. Die grundlegende Neuerung bestand darin, daß nun auch das »Wachstum« der Wirtschaft als Zielsetzung expressis verbis in das Gesetzeswerk Eingang gefunden hat.

Das neue Stabilitäts- und Wachstumsgesetz, welches am 8. Juni 1967 verkündet und damit in Kraft gesetzt worden war, erklärt in

§ 1. Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.

Das als »magisches Viereck« bezeichnete Zielbündel

- Stabilität des Preisniveaus,
- hoher Beschäftigungsstand,
- außenwirtschaftliches Gleichgewicht,
- angemessenes Wirtschaftswachstum

mit dem übergeordneten Ziel des »gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes« war schon im »Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung« vom 14. August 1963 formuliert.

Die Gleichrangigkeit dieser vier makroökonomischen Ziele schließt natürlich nicht aus, daß von Fall zu Fall Prioritäten gesetzt werden müssen. Da sie innerlich widersprüchlich sein können, sind ihnen auch widersprüchliche Entscheidungen inhärent.

Während sich die drei ersten Postulate einigermaßen umreißen und statistisch verfolgen lassen, wird das Postulat des Wachstums mit der Qualifikation »angemessen« versehen, wobei der Begriff der Angemessenheit ein unbestimmter Terminus ist und ebenso von Fall zu Fall einer politischen Konkretisierung bedarf.

Das Gesetz erschöpft sich in fiskalpolitischen Maßnahmen: nämlich in der Empfehlung von mehrjährigen Finanzplänen, in der Verfügung von Konjunkturausgleichsrücklagen durch Bund und Länder, in der Übernahme von Schulden durch die Deutsche Bundesbank zur zusätzlichen Tilgung von Verbindlichkeiten im Falle einer »die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit übersteigenden Nachfrage«.

Das Gesetz hat vorwiegend die »Gefährdung der Ziele«, »außenwirtschaftliche Störungen«, »Abschirmung der allgemeinen Wirtschaftstätigkeit« im Auge.

Einzig im § 12 wird von »der Förderung des Produktivitätsfortschritts und des Wachstums von Betrieben oder Wirtschaftszweigen, insbesondere durch Entwicklung neuer Produktionsmethoden und -richtungen« gesprochen, für welche Bundesmittel einzusetzen seien.

Immerhin: Da die ins Auge gefaßten finanzpolitischen Maßnahmen gemäß § 1 ausdrücklich im Rahmen einer »marktwirtschaftlichen Ordnung« gedacht sind, sind sie (oder sollten es wenigstens) darauf angelegt, global über den Entzug von Kaufkraft oder die zusätzliche Einschleusung von Kaufkraft auf den Wirtschaftsablauf einzuwirken.

Schillers Konzept der Globalsteuerung lautet bekanntlich: Konzentrierte Aktion der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmensverbänden durch Koordinierung der Einzelpläne am Markt durch den Wettbewerb — Koordinierung der makroökonomischen Größen durch Globalsteuerung, wobei er unter Steuerung verstanden haben wissen will: Wettbewerb so weit wie möglich, Bindung so weit wie nötig!

Einige wesentliche Kontrollen sind im Stabilisierungsgesetz eingebaut:

§ 2. Die Bundesregierung legt im Januar eines jeden Jahres dem Bundestag und dem Bundesrat einen Jahreswirtschaftsbericht vor, welcher zu enthalten hat:

- die Stellungnahme zum Jahresgutachten des Sachverständigenrates,
- eine Darlegung der für das laufende Jahr von der Bundesregierung angestrebten wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele, eine Jahresprojektion,

— eine Darlegung der für das laufende Jahr geplanten Wirtschafts- und Finanzpolitik.

§ 18. Bei der Bundesregierung wird ein Konjunkturrat für die öffentliche Hand gebildet, welchem angehören:

- die Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen,
- je ein Vertreter der 11 Bundesländer,
- vier Vertreter der Gemeinden und der Gemeindeverbände.
- Die Bundesbank hat das Recht, an den Beratungen teilzunehmen.

Die Erfahrungen mit diesem »modernsten« konjunkturpolitischen Gesetz der Deutschen Bundesrepublik sind nicht anders als sie im vorneherein zu erwarten waren:

- Zur Überwindung der Rezession, also im expansiven Einsatz, haben die Instrumente, nach begreiflichen Anfangsschwierigkeiten mehr oder weniger gut funktioniert.
- Im Aufschwungjahr 1968 und besonders im Boomjahr 1969 wirkten die restriktiven Bremsen wenig.

Ob es besser herausgekommen wäre, wenn 1969 kein Wahljahr gewesen wäre, ist zu bezweifeln. Jedermann nimmt gern und gibt ungern — so lassen sich Zuschüsse leichter vergeben als »Konjunkturausgleichsrücklagen« einfordern.

In der Rezession lassen sich die Interessen aller Gruppen leichter auf einen Nenner bringen als in Zeiten guter Konjunktur, wo man vom Staat möglichst nichts hören und vor allem nicht von ihm belästigt sein will.

Nicht zu vergessen ist, daß fast alle finanz- und wirtschaftspolitischen Instrumente eine mehr oder weniger lange »Tempierung« haben, d. h. ihre Wirkung tritt oft erst dann ein, wenn die sie auslösenden Indikatoren bereits überholt sind. Was aber zu spät geschieht oder zu spät wirkt, ist zumeist falsch und wirkt oft entgegengesetzt. Man spricht vom »selfdefeating«.

Dann ist die Bundesregierung gemäß § 3 gehalten, »Orientierungsdaten für ein gleichzeitiges, aufeinander abgestimmtes Verhalten der Körperschaften, Gewerkschaften und Unternehmungsverbände zur Erreichung der Ziele des § 1 zur Verfügung zu stellen«. Wie schwierig zuverlässige Prognosen zu erarbeiten sind, dürfte hinlänglich bekannt sein.

Darüber hinaus ist zu beachten, daß es nicht empfehlenswert ist, angebaute oder bereits bestehende binnen- resp. außenwirtschaftliche Störungen zurückzuharmonisieren und *Symptom-Therapie* zu betreiben, sondern es sollte sich das »Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft« in seinen Vorschriften und Zielsetzungen mehr mit dem Gedanken der *Prophylaxe* befassen. Aber auch das verlangt eine wesentliche Verbesserung der an sich schon sehr fragwürdigen Wirtschaftsprognosen.

So gut sie gemeint ist, die »Konzertierte Aktion« steht und fällt mit dem Willen der aufgerufenen Wirtschaftspartner, welche schwerlich unter einen Hut zu bringen sind. So wird die »Konzertierte Aktion« auch oft mit der Definition glossiert: Jeder Partner gibt seinen Standpunkt bekannt, hört sich den Standpunkt des andern an, geht nach Hause und macht, was er will.

Das Dilemma, in welchem alle drin stecken, welche Marktwirtschaft mit Planwirtschaft verkoppeln wollen, geht aus der Informationsbrochure des Bundesministers für Wirtschaft vom Mai 1970 über das Stabilitätsgesetz mit aller Deutlichkeit hervor.

In der Einleitung werden die »Aufgaben der Wirtschaftspolitik in der marktwirtschaftlichen Ordnung« umrissen und geschrieben:

»Die Wirtschaftspolitik hat in unserer marktwirtschaftlichen Ordnung zwei wesentliche Aufgaben zu erfüllen: Sie muß einerseits die Ordnung durch Wettbewerb und damit die Freiheit der unternehmerischen Entscheidungen am Markt schützen. Sie muß andererseits dafür sorgen, daß im Wirtschaftsablauf die großen gesamtwirtschaftlichen Ziele: Stabilität des Geldwertes, hoher Beschäftigungsgrad, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und stetiges angemessenes *Wachstum* der Wirtschaft erreicht werden.«

»Mit der Verkündung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen im Jahre 1957 war die entscheidende Grundlage für die erste Aufgabe geschaffen. Dieses Gesetz ist — sicher mit Recht — oft »Grundgesetz unserer Wirtschaftsordnung« genannt worden, und seine Existenz und seine konkrete Anwendung haben wesentlich dazu beigetragen, daß die marktwirtschaftlichen Steuerungselemente der Preisbildung am Markt und des Wettbewerbs zwischen den Unternehmern sich entfalten konnten.«

»Die Entwicklung unserer hochindustrialisierten, mit der Weltwirtschaft verflochtenen Volkswirtschaft hat aber gezeigt, daß die Selbststeuerungskräfte der Marktwirtschaft allein nicht mehr ausreichen. Es genügen auch nicht konjunkturpolitische Einzelmaßnahmen wie in der Vergangenheit: Stabilität und *Wachstum* der Wirtschaft erfordern heute vielmehr in unserer marktwirtschaftlichen Ordnung einen systematischen Einsatz von globalen Steuerungsmitteln, mit denen die Wirtschaft vor gesamtwirtschaftlichen Fehlentwicklungen bewahrt werden kann. Die institutionellen Möglichkeiten dafür schuf das ‚Gesetz zur Förderung der Stabilität und des *Wachstums* der Wirtschaft‘.«

Dann beruft man sich auf den Bericht des Bundestagsausschusses für Wirtschaft, der dem Plenum des Bundestages für die abschließende Debatte über das Stabilisierungsgesetz erstattet wurde.

Darin heißt es:

»Unter den heutigen und künftigen Bedingungen kann die Effizienz des marktwirtschaftlichen Systems und damit der unternehmerischen Freiheit nur gewährleistet werden durch eine ergänzende globale Steuerung der wichtigsten Aggregate des gesamtwirtschaftlichen Kreislaufes. Nur so kann eine gleichgewichtige Entwicklung und damit das marktwirtschaftliche System auf die Dauer gesichert werden. Eine gleichgewichtige Entwicklung, die größere Konjunkturausschläge vermeidet und ein angemessenes *Wachstum* auch langfristig ermöglicht, kann nicht durch dirigistische Einzeleingriffe — die zudem nach und nach die marktwirtschaftliche Ordnung aushöhlen würden —, sondern nur durch eine systematische globale Steuerung des gesamtwirtschaftlichen Kreislaufs erreicht werden. Nach Auffassung des Ausschusses beeinträchtigt die Globalsteuerung keineswegs die Funktionsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Systems; im Gegenteil, sie wird dadurch gestärkt.«

Stärkung der Marktwirtschaft durch staatliche Globalsteuerung!! Mit einer Ausnahme ja: nämlich wenn die Globalsteuerung in der Beherrschung der marktwirksamen Geldmenge besteht, was laut Verfassung und Gesetz Aufgabe der Bundesbank ist.

Es läßt sich mit Sicherheit sagen, daß nach allen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte auch das datummäßig »moderne« Stabilisierungsgesetz die 4 makroökonomischen Ziele nicht zu erreichen erlauben wird. Im Gegenteil: Es ist zu befürchten, daß die Zielkonflikte sich mehr und verschärfen werden.

Man kommt eben trotz aller ausgetüftelter Gesetze nicht um das grundlegende Erfordernis herum, eine thesaurierungsfreie, umlaufgesicherte, auf die Marktbedürfnisse dosierte Währung zu schaffen.

8.1.2. Der Sachverständigenrat

Das mit Bundesgesetz vom 14. August 1963 »über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung« geschaffene Gremium von Wissenschaftlern hat sich intensiv mit der *Wachstumsproblematik* befaßt:

- Jahresgutachten 1964/65: Stabiles Geld — Stetiges Wachstum
- Jahresgutachten 1965/66: Stabilisierung ohne Stagnation
- Jahresgutachten 1966/67: Expansion und Stabilität
- Jahresgutachten 1967/68: Stabilität im Wachstum

Das erste Jahresgutachten des 1963 eingesetzten Sachverständigenrates ist in erster Linie um die Geldwertstabilität besorgt, welches Postulat unter dem System der festen Wechselkurse bei Konvertibilität der Währungen besonders gefährdet sei:

»Von den Zielen, die der Sachverständigenrat seinem Gutachten zugrunde zu legen hat, ist das der Preisstabilität das am meisten gefährdete.«

»Solange die Gefahr des Inflationsimports nicht gebannt ist — und sie läßt sich bei festen Wechselkursen und freier Konvertibilität auf längere Sicht allenfalls bei weltweiter monetärer Disziplin bannen —, kann der Geldwert in der Bundesrepublik auf die Dauer nicht stabil gehalten werden.«

Dieser Hauptsorge ist es zuzuschreiben, daß der Sachverständigenrat im Juli 1964 die Herren Professoren F. A. Lutz, Zürich, und E. Sohm, Saarbrücken, mit der Ausarbeitung eines Sondergutachtens beauftragte: »Wie kann sich ein Land der importierten Inflation ent-

ziehen?« Deren Bericht ist ein eindeutiges Bekenntnis zu flexiblen Wechselkursen.

»Die Gütermärkte verschiedener Länder werden durch den freien internationalen Handel zu kommunizierenden Röhren. Sind die Wechselkurse fixiert, so bewirkt die natürliche Tendenz zum Ausgleich der Preise, daß sich Preisänderungen in einem Land sehr rasch auf die Preise gleicher oder ähnlicher Güter in anderen Ländern übertragen.«

»Ist eine Regierung entschlossen, einem unablässigen Preisanstieg in der übrigen Welt nicht nur vorübergehend, sondern auf die Dauer zu entrinnen, so hat sie nur die Wahl zwischen periodischer Aufwertung der eigenen Währung und der völligen Freigabe der Wechselkurse.«

Geldwertstabilität ist aber die erste Voraussetzung eines *gesunden, angemessenen Wachstums*. Zu dieser Interdependenz äußert sich das Sachverständigengutachten wie folgt:

»Was dem *Wachstum* und der Geldwertstabilität zugleich förderlich ist, dient unmittelbar auch dem Ziel stärkerer Vermögensbildung bei den breiten Schichten. Denn je größer der wachstumsbedingte Produktivitätsfortschritt ist, um so mehr steigen das Niveau der Reallöhne und die Fähigkeit zum Sparen; den Willen zum Sparen aber erhält ein stabiler Geldwert, weil er den breiten Schichten, die in der Regel Geldvermögensanlagen bevorzugen, die Gewähr gibt, daß der zeitweilige Konsumverzicht sich am Ende nicht teilweise als endgültig herausstellt.

Vermehrte Vermögensbildung — als Folge kräftigen *Wachstums* und stabilen Geldwerts — ist seinerseits geeignet, *Wachstum* und Vermögensbildung zu fördern: der Kapitaleinsatz je Arbeitsplatz kann schneller zunehmen, mit ihm die Arbeitsproduktivität, mit dieser das Niveau der Reallöhne und mit diesem wiederum die Fähigkeit zur Vermögensbildung.«

Während sich das zweite Jahresgutachten mit dem Thema »*Stabilisierung ohne Stagnation*« befaßte, legte das dritte Jahresgutachten den Akzent auf das Problem »*Expansion und Stabilität*«. In diesem Bericht über das *Wachstum* steht zu lesen:

»Vergleicht man

- den Produktivitätsfortschritt (Anstieg des Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigenstunde) als Maß des Wachstums und als wirtschaftspolitisches Aktivum
 - mit dem Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung als Maß des Geldwertschwundes und als wirtschaftspolitisches Passivum
- in der Bundesrepublik für die Zeit nach 1950, so ergibt sich folgendes Bild:

Von Wachstumszyklus zu Wachstumszyklus wird das Bilanzbild schlechter, der Produktivitätsfortschritt scheint nachzulassen, während der Geldwertschwund sich beschleunigt. Ausgeprägt sind diese Tendenzen seit dem Erreichen der Vollbeschäftigung.«

Der Sachverständigenbericht vergleicht die Entwicklung der Zuwachsraten des Bruttosozialprodukts je Erwerbstätigen in Preisen von 1954 mit denjenigen der Preisindices für die Lebenshaltung in den Perioden oder »Wachstumszyklen« 1952—57, 1957—62 und 1962 bis 1965 und kommt zu folgender Gegenüberstellung:

Arbeitsproduktivität und Preise

Land	Periode I 1952-57			Periode II 1957-62			Periode III 1962-		
	BSP	Preis-	Diffe-	BSP	Preis-	Diffe-	BSP	Preis-	Dif
	je Erw.	Index	renz	je Erw.	Index	renz	je Erw.	Index	ren
	%	%		%	%		%	%	
Deutschland	+5,1	+0,9	+4,2	+4,5	+2,0	+2,5	+4,4	+2,9	+1,
Belgien	+2,7	+1,3	+1,4	+3,0	+1,1	+1,9	+3,9	+3,2	+0,
Frankreich	+6,6	+0,9	+5,7	+5,2	+6,5	-1,3	+3,6	+4,0	-0,
Italien	+4,2	+2,2	+2,0	+6,5	+2,3	+4,2	+3,6	+6,0	-2,
Niederlande	+4,0	+2,8	+1,2	+4,1	+1,9	+2,2	+2,3	+4,8	-2,
Großbritannien	+2,0	+3,6	-1,6	+2,1	+2,5	-0,4	+3,2	+3,3	-0,
Vereinigte Staaten	+1,6	+1,2	+0,4	+2,3	+1,5	+0,8	+2,8	+1,4	+1,

BSP = Bruttosozialprodukt je Erwerbstätigen in Preisen von 1954, Preisindex für die Lebenshaltung.

% = jahresdurchschnittliche Veränderung pro Periode.

Belgien: Periode I 1953—57, Periode III 1963—64.

Frankreich: Periode III 1962—64

Diese Prozentzahlen zeigen, daß hohe Wachstumsraten *nicht* mit hohen Geldentwertungsraten einhergehen *müssen*, die Geldentwertung also nicht der Preis für das Wachstum ist. Im Gegenteil zeigt das

Beispiel der Bundesrepublik Deutschland, daß den bescheidenen Preisindexsteigerungen von 0,9%, 2,0%, 2,9% recht erhebliche *Wachstumsraten* von 5,1%, 4,5%, 4,4% gegenüberstehen, während umgekehrt z. B. in Italien trotz Ansteigens der Preisniveaurate von Periode II auf Periode III von +2,3% auf 6,0% die Wachstumsrate während diesen Perioden jahresdurchschnittlich von 6,5% auf 3,6% absank.

Beispielhaft war die Entwicklung in den Vereinigten Staaten, welche über alle 3 Perioden hinweg, also in einem Zeitraum von fast 15 Jahren bei einer jahresdurchschnittlichen Inflationsrate von nur etwa 1,36% ein stetiges wirtschaftliches Wachstum von durchschnittlich 2,16% aufwies, was mit den Ausdrücken »angemessen«, »stetig« und »gleichwertig« charakterisiert werden kann.

Auch dieser Bericht untersucht die Frage »Gegen Fehlentwicklungen — Für Währungsstabilität und Wachstum« und kommt zum Schluß, daß *Währungsstabilität die Voraussetzung eines gesunden und angemessenen Wachstums* sei.

Wie läßt sich diese Währungsstabilität erreichen?

»Starr fixierte Wechselkurse verknüpfen das Preisniveau im Gebiet der Bundesrepublik fast ebenso fest mit dem Preisstand in der übrigen Welt, wie das Preisniveau in Hessen mit dem in den anderen Bundesländern zusammenhängt.«

»Soll Preisniveaustabilität auch erreicht werden, wenn in anderen Ländern die Preise weiter steigen, so erscheint dies nicht erreichbar, ohne daß die Bundesrepublik das Prinzip eines konstanten Wechselkurses der DM zugunsten des Prinzips einer konstanten Kaufkraft der DM aufgibt.«

»Die Absicherung nach außen ist nach Ansicht des Rates die unerläßliche Vorbedingung dafür, daß die im Gesetz genannten Ziele, Wachstum und Geldwertstabilität, in absehbarer Zeit gleichzeitig und auf die Dauer verwirklicht werden können.«

»Wer angesichts dieser Zusammenhänge in einer Umwelt steigender Preise den deutschen Bürgern beides verspricht, Konstanz des Wechselkurses und Konstanz des Binnenpreisniveaus, gibt ein Versprechen ab, von dem von vorneherein klar ist, daß er es nicht wird einlösen können.«

Jahreswirtschaftsbericht 1972 der Bundesregierung

Der vom Bundeskanzler dem Deutschen Bundestag am 28. Januar 1972 eingereichte Jahreswirtschaftsbericht 1972 stellt als Projektion der mittelfristigen Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 1976 folgende Ziel- und *Wachstumspostulate* auf:

Hoher Beschäftigungsstand: Eine jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote von 0,7% bis 1,2% (Anteil der Arbeitslosen an der Zahl der abhängigen Erwerbspersonen).

Preisstabilität: Eine jahresdurchschnittliche Zuwachsrate des Preisniveaus der Inlandsnachfrage von 3% bis 3,5% und der Preisrate des privaten Verbrauchs von 2,5% bis 3%.

Außenwirtschaftliches Gleichgewicht: Ein Anteil des Außenbeitrags am Bruttosozialprodukt von 1,5% bis 2%.

Angemessenes Wirtschaftswachstum: Eine Jahresdurchschnittliche Zuwachsrate des realen Bruttosozialprodukts von 4% bis 4,5%.

»Aus den Eckwerten für das angestrebte reale Wachstum und für die als unvermeidbar angesehene Preisentwicklung folgt eine Größenordnung von gut 7,5% für die durchschnittliche jährliche Zunahme des nominalen Bruttosozialprodukts.«

Ist die Geldentwertungsprojektion, welche für 1972 sogar auf 4% bis 4,5% veranschlagt wird, als Defaitismus oder Realismus zu verstehen? Die Bundesregierung meint, es bedeute dies »keineswegs eine Abkehr vom Ziel der Preisstabilität.« »Sie trägt damit lediglich der Problematik der Ausgangssituation Rechnung.«

8.2. In der Schweiz

8.2.1. Zur Revision von Art. 31 quinquies der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft

Vor denselben Problemen der Erweiterung und verfassungs- und gesetzesrechtlichen Untermauerung des konjunkturpolitischen Instrumentariums steht die Schweiz.

Die Wirtschaftsordnung wird in Art. 31 der Schweizer Bundesverfassung wie folgt angesprochen:

»Die Handels- und Gewerbefreiheit ist im ganzen Umfange der Eidgenossenschaft gewährleistet, soweit sie nicht durch die Bundesverfassung und die auf ihr beruhende Gesetzgebung eingeschränkt ist.«

In geraffter Fassung heißt das:

»Die Handels- und Gewerbefreiheit ist gewährleistet, soweit sie nicht eingeschränkt ist.«

Wenn schon die Verfassung das Prinzip der Marktwirtschaft derart bedingt ausdrückt, so kann man von der praktischen Wirtschaftspolitik keine überzeugend liberale Haltung erwarten.

In der Tat erklärt das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement in seinem »Bericht über einen neuen Artikel 31 quinquies der Bundesverfassung zur Stabilisierung der Konjunktur«:

»Nachdem sich wiederholt gezeigt hat, daß die verantwortlichen Behörden die Teuerung nur in unzureichender Weise bekämpfen konnten, ist den Experten und auch dem Bundesrat daran gelegen, den Verfassungsartikel möglichst breit anzulegen. Damit soll vermieden werden, daß Stabilisierungsmaßnahmen immer wieder im Meinungsstreit um die Verfassungsklage stecken bleiben und der Zeitpunkt wirkungsvollen Handelns verpaßt wird. Der Bundesrat hat in den letzten Jahren in immer kürzerer Folge zu dringlichen Bundesbeschlüssen Zuflucht nehmen müssen. Auch dies zeigt, daß es an der Zeit ist, eine solide, für alle konjunkturellen Eventualitäten tragfähige Verfassungsbasis zu schaffen.«

»Der Bundesrat ist sich im klaren darüber, daß auf Grund der vorgeschlagenen Kompetenzerweiterung teils schwerwiegende Eingriffe möglich werden. Er erachtet es denn auch als gerechtfertigt, diese Eingriffsmöglichkeiten zeitlich und materiell soweit zu beschränken, als dies im Lichte der Stabilitätsziele noch tragbar ist.«

Ansichts solcher offizieller Meinungsäußerungen darf man sich fragen, wieweit die verfassungsrechtlich verankerte »Handels- und Gewerbefreiheit« nicht bloß Lippenbekenntnis ist und der Nachdruck doch wesentlich auf dem Nachsatz liegt: »soweit sie nicht eingeschränkt ist.«

Der neu vorgeschlagene Art. 31 quinquies bestätigt diese Befürchtung. Er soll in Absatz 1 lauten:

»Der Bund trifft, nötigenfalls in Abweichung von der Handels- und Gewerbefreiheit, Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Teuerung, vornehmlich auf den Gebieten des Geld- und Kreditwesens, der öffentlichen Finanzen und der Außenwirtschaft.«

Es sei hier die Zwischenbemerkung eingefügt, daß die Forderung nach *Wachstum* bereits in den Bundesverfassungsartikeln 2 und 31 bis verankert ist:

»Der Bund hat zum Zweck: Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen außen, Handhabung von Ruhe und Ordnung im Innern, Schutz der Freiheit und der Rechte der Eidgenossen und *Förderung ihrer gemeinsamen Wohlfahrt*.«

»Der Bund trifft im Rahmen seiner verfassungsmäßigen Befugnisse die *zur Mehrung der Wohlfahrt* des Volkes und zur wirtschaftlichen Sicherung der Bürger geeigneten Maßnahmen.«

Mehrung der Wohlfahrt, also *Wachstum* waren bereits Verfassungspostulate, noch ehe das Modewort »Wachstum« in aller Munde lag.

Als Mittel der Konjunkturpolitik werden für die Revision des besagten Art. 31 quinquies u. a. vorgeschlagen:

»Der Bund ist befugt, zur Stabilisierung der Konjunktur vorübergehend auf Bundessteuern Zuschläge zu erheben oder Rabatte zu gewähren und eine Sondersteuer einzuführen.«

»Die Kantone und Gemeinden sind gehalten, ihr Finanzgebaren auf die Erfordernisse der Konjunkturstabilisierung auszurichten und zu diesem Zwecke für eine mehrjährige Finanzplanung zu sorgen.«

Also auch in der Schweiz denkt man seitens der Verantwortlichen in erster Linie oder zum mindesten mit Nachdruck an konjunkturpolitische Maßnahmen, welche dem Prinzip der marktwirtschaftlichen Ordnung zuwiderlaufen.

Es wird somit auch der Schweiz nicht gelingen, die Inflation wirksam zu bekämpfen, die Konjunktur in geordneten Bahnen zu halten, selbst wenn, besser gesagt, gerade wenn die ihr gegebenen weitgedehn-

ten verfassungsrechtlichen Möglichkeiten »richtig und voll ausgeschöpft werden«.

Auch die Schweiz wird sich in Zielkonflikte verstricken:

- Was heißt »angemessene« Stabilitätspolitik?
- »Die Erreichung eines Zieles kann die Verwirklichung eines anderen beeinträchtigen.«
- Nebenzielsetzungen
 - Stabilität der ausländischen Arbeitskräfte
 - Beseitigung des Wohnungsmangels
 - Ausbau der Sozialversicherung
- Die Handels- und Gewerbefreiheit soll nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit staatlicher Eingriffe eingeschränkt werden können. Denn so folgert man:
 - ohne konjunkturelle Stabilität ist die Marktwirtschaft nicht funktionsfähig,
 - ohne Eingriffe in die Handels- und Gewerbefreiheit ist die konjunkturelle Stabilität nicht möglich.

Es wird wie eh und je das Pferd am Schwanz gezäumt, nichts gelernt. Der Erkenntnis, daß die Marktwirtschaft das A und O der konjunkturellen Stabilität ist, scheint, entgegen wiederholter pathetischer Erklärungen, immer wieder in Vergessenheit zu geraten.

Die »Neue Zürcher Zeitung« ist auf dem Holzweg, wenn sie »hofft, daß nach einem Jahrzehnt der Irrungen und Verirrungen der helvetische Pragmatismus in der Konjunkturpolitik ein Ende nehmen könnte.«

Wer des Glaubens ist, daß man die Marktwirtschaft durch Intervention, also durch das Gegenteil von Marktwirtschaft, stützen und entfalten könne, der wird trotz »hoher Kompetenz« zu »raschem Handeln« bald wieder Schiffbruch erleiden.

8.2.2. Die schweizerische »Kommission für Konjunkturfragen«

Die unter der Leitung von Prof. Dr. Würgler, ETH Zürich, stehende »Subkommission I« der schweizerischen »Kommission für Kon-

junkturfragen« hat im Oktober 1971 eine umfangreiche Studie mit dem Titel »Ziele, Mittel und Träger der Konjunkturpolitik« vorgelegt.

Es wird ausgegangen von der Katastrophen-Theorie Prof. Böhlers, welche 1947 zu einem neuen Bundesverfassungsartikel 31 quinquies geführt hatte:

»Der Bund trifft in Verbindung mit den Kantonen und der privaten Wirtschaft Maßnahmen zur Verhütung von Wirtschaftskrisen und nötigenfalls zur Bekämpfung eingetretener Arbeitslosigkeit. Er erläßt Vorschriften über die Arbeitsbeschaffung.«

Man war damals defensiv eingestellt und formulierte die Ziele negativ: *Verhütung* von Wirtschaftskrisen, *Bekämpfung* von Arbeitslosigkeit. An eine *aktive* Wachstumspolitik oder gar an eine Vermeidung oder Bekämpfung überbordenden Wachstums dachte damals noch niemand.

Über die schweizerische Wirtschaftsentwicklung der Nachkriegszeit äußert sich der Bericht wie folgt:

»Die befürchtete Depression trat nicht ein, und in keiner Rezession, die den verschiedenen Aufschwungsphasen folgte, wurde das Vollbeschäftigungsniveau unterschritten.

Kann die Entwicklung der fünfziger Jahre — gemessen am Preisniveau — im großen und ganzen als ein »*Wachstum im Gleichgewicht*« bezeichnet werden, so überstieg in den sechziger Jahren das Wachstum des nominellen jenes des realen Sozialprodukts immer deutlicher. Die aufbrechende Inflation (abbröckelnder Binnenwert der Währung) steht in engem Zusammenhang mit der Wiedereinführung der Konvertibilität, der weltweiten Entwicklungsförderung, der Liberalisierung des internationalen Handels unter Beibehaltung des Systems fixer Wechselkurse (stabiler Außenwert der Währung) und dem fortgesetzten Defizit der Zahlungsbilanz der USA.«

Hier wird »Wachstum im Gleichgewicht« eindeutig als Wachstum bei stabilem Preisniveau definiert. In der Tat bewegte sich der Preisstand in den fünfziger Jahre nur um etwa 14% nach oben, d. h. 1,4% pro Jahr (gegenüber +2,2% 1968, +2,3% 1969, +5,4% 1970 und +6,6% 1971).

Im selben sechsten Jahrzehnt stieg das reale Netto-Sozialprodukt pro Einwohner um ca. 36% oder um durchschnittlich 3,6% pro Jahr.

Es ist damit erwiesen, daß über den Zeitablauf eines vollen Jahrzehnt ein Wachstum der Wirtschaft und des Wohlstands bei praktisch stabilem Preisniveau durchaus möglich ist.

Man beachte im obigen Zitat die Bemerkung »unter Beibehaltung des Systems fixer Wechselkurse«, durch welches »die Inflationsimpulse des Auslandes nachhaltig auf die heimische Wirtschaft überspringen können«.

Interessant ist, daß während der sechziger Jahre das reale Brutto-Sozialprodukt pro Einwohner nur um 28% oder um 2,8% pro Jahr angestiegen ist, trotz der wesentlich größeren Steigerung des Preisniveaus um ca. 34% (gegenüber 14% in den fünfziger Jahren).

Stellen wir kurz die approximativen Größen einander gegenüber:

	Fünfziger Jahre	Sechziger Jahre
Reales Pro-Kopf-Einkommen	+35%	+30%
Preisniveau der Lebenskosten	+15%	+35%

Es wäre interessant, diese scheinbar paradoxen Zusammenhänge einmal näher zu untersuchen.

Jedenfalls geht aus diesen Zahlen und auf die Schweiz bezogen hervor, daß

- bei praktisch stabilem Preisniveau eine mehr als doppelt so hohe Wachstumsrate als Inflationsrate möglich ist,
- bei mehr als doppelt so hoher Inflationsrate sogar eine kleinere Wachstumsrate resultieren kann,
- es somit nicht zutrifft, die Inflation sei der Preis des Wachstums.

Auch für die Bundesrepublik gelten ähnliche Zahlenbeziehungen.

	Fünfziger Jahre	Sechziger Jahre
Reales Pro-Kopf-Einkommen	+100%	+75%
Preisniveau der Lebenskosten	+20%	+25%

Auch hier ist der etwas stärkere Inflationsgrad nicht Stimulans einer höheren Wachstumsrate, im Gegenteil.

Der Bericht der »Kommission für Konjunkturfagen« postuliert das »Wachstumsziel« als »oberstes Ziel der Wirtschaftspolitik«.

»Wenn der Zweck des Wirtschaftens in der Überwindung der relativen Knappheit an Mitteln zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse besteht, dann erscheint die Hervorbringung eines maximalen Gesamtproduktes an Konsumgütern (private und öffentliche, nichtdauerhafte und dauerhafte, Sachgüter und Dienstleistungen) als *primäres Ziel* der Wirtschaftspolitik.«

»Nun entscheiden aber die Höhe des Sozialproduktes und das Wachstumstempo nicht allein über die Größe und die Entwicklung des Volkswohlstandes, sondern mitentscheidend sind die Wohlstandsstrukturen. Im Vordergrund steht dabei die Verteilung des Sozialprodukts auf die Bevölkerung, d. h. die sogenannte personelle Einkommens-Verteilung. Der Zuwachs an Sozialprodukt kann den Bevölkerungsgruppen und einzelnen Haushalten in ganz unterschiedlichem Maße zufließen. Häufig begegnet man dem Postulat der »gerechten« Einkommensverteilung, wobei die Konkretisierung dessen, was gerecht sein soll, einer politischen Entscheidung bedarf.«

In der Folge werden die Bedingungen

- zur Überwindung der relativen Knappheit
 - zum Wachstum des Sozialprodukts
 - zur gerechten Verteilung des Sozialprodukts
- etwa wie folgt aufgeführt:

»Wachstum im Gleichgewicht«, d. h. »ruhiges Wachstum unter voller Beschäftigung der einheimischen Arbeitskräfte, optimaler Ausnutzung aller verfügbaren Produktionsmittel und Aufrechterhaltung eines stabilen Geldwertes.« (Botschaft des Bundesrates über Maßnahmen auf dem Gebiete des Geld- und Kapitalmarktes und des Kreditwesens vom 24. Januar 1964.)

Preisstabilität im Sinne der Vermeidung des Steigens oder Fallens aller Güterpreise.

Zahlungsbilanzgleichgewicht, worunter die Übereinstimmung von Devisenangebot und -nachfrage verstanden wird.

»Bei flexiblen Wechselkursen kann es kein Ungleichgewicht in der Zahlungsbilanz geben, weil der Ausgleichs- und Anpassungsmechanismus zwischen Kursen, Angebot und Nachfrage von Devisen frei spielt.«

»Da in einer Währungsordnung mit flexiblen Wechselkursen Zahlungsbilanzungleichgewichte nicht bestehen können, geraten bei ungleicher Entwicklung der Produktivität die einzelnen Länder in ihrer Konjunkturpolitik unweigerlich in einen Zielkonflikt zwischen Preisniveaustabilität und Wechselkursstabilität.«

»Welchem der beiden Ziele soll nun aber die Priorität zukommen? Die Antwort kann nur gefunden werden, indem man die weiteren von der Wirtschaftspolitik anzustrebenden Ziele mit in Betracht zieht und eine Gesamtoptimierung des Zielsystems anstrebt. Im Vordergrund steht die Ausrichtung auf das *Ziel der Wohlstandsvermehrung*, allerdings unter Berücksichtigung der Wohlstandsstruktur. Es liegt auf der Hand, daß Teuerung und Aufwertung — soweit sie Substitute bilden — die Einkommens-, aber auch die Vermögensverteilung unterschiedlich beeinflussen. Es ist zudem wahrscheinlich, daß die vorbeugende Aufwertung die Ziele einer konstanten Ausländerquote und eines ausgeglichenen Wohnungsmarktes leichter erfüllen läßt, als wenn die Außenwertanpassung des Geldes über die Inflation erfolgt. Der optimale Weg dürfte vermutlich in einer Relativierung der Preisniveaustabilität und der Wechselkursstabilität liegen (unter diesem Eindruck hatte die Kommission im April 1969 eine Aufwertung des Schweizer Frankens vorgeschlagen, um die zu erwartende Teuerung mindestens teilweise aufzufangen).«

Vollbeschäftigung — dieses Problem stellt sich für die Schweiz, welche im internationalen Vergleich in der Nachkriegszeit durch das praktisch vollständige Fehlen von Arbeitslosigkeit, eher durch eine deutliche Überbeschäftigung gekennzeichnet war, anders als für ausländische Industriestaaten.

In der Vollbeschäftigung liegt eine der solidesten Grundlagen des wirtschaftlichen Wachstums.

»Größtmögliche Flexibilität für die Stabilitätspolitik« wird gefordert.

»Daraus ergibt sich, daß bei anhaltender Inflation im Ausland eine erfolgreiche Stabilisierungspolitik auf die Dauer bei unveränderlichem Wechselkurs kaum möglich ist. Vielmehr wird sich, wenn die vom Ausland ausgehenden Inflationsimpulse aufgefangen werden sollen, eine Wechselkursanpassung aufdrängen, wobei es sehr wichtig ist, daß diese rechtzeitig erfolgt, also vorausschauend und nicht konstatierend.«

Das bedeutet größtmögliche Wechselkursflexibilität zugunsten der Preisstabilität.

Zur Rolle der Geldpolitik sagt die »Kommission für Konjunkturfragen«:

»Die Aufgabe der Geldpolitik im Dienste der Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung liegt infolgedessen darin, die Geldversorgung fortwährend in Übereinstimmung mit dem Wachstum des potentiellen Volkswohlstandes, also dem Wachstum der Wirtschaft ohne Konjunkturschwankungen zu halten.«

»Die Wechselkurspolitik ist zwar auf die längerfristige Entwicklung der Wirtschaft auszurichten, muß aber die Bedingungen schaffen, damit eine binnenwirtschaftliche Stabilisierungspolitik fortgesetzt erfolversprechend möglich ist.«

»Das geldpolitische Instrumentarium ist so zu gestalten, daß sich die Geld- und Kreditversorgung der Wirtschaft in allen Teilen regulieren läßt.«

Es fehlt hier nur noch der Hinweis auf die *Umlaufsicherung des Geldes*, damit es sich »in allen Teilen regulieren läßt«.

8.3. Zusammenfassung

Sowohl in der Bundesrepublik Deutschland wie in der Schweiz kennt man sich grundsätzlich zur Marktwirtschaft.

Beidenorts wird das Ziel der Preisstabilität groß geschrieben.

Beidenorts wünscht man stetiges, angemessenes Wachstum.

Und beidenorts werden Gesetze und Verfassungsartikel fabriziert,

welche der Regierung neue konjunkturpolitische Instrumente verschaffen sollen.

Die Gesetze erschöpfen sich in fiskalpolitischen Maßnahmen, Erstellen von mehrjährigen Finanzplänen, Errichten von Konjunkturausgleichsrücklagen, Kreditrestriktionen und Konjunkturspritzen, Wettbewerbsbeschränkungen, usw. usw.

Man ist zur Auffassung gelangt, daß die »Selbststeuerungskräfte der Marktwirtschaft allein nicht mehr ausreichen.« Man glaubt, sie durch »globale Steuerungsmittel« ergänzen zu müssen.

Stärkung der Marktwirtschaft durch staatliche Globalsteuerung ist ein modernes Paradoxon.

Die deutschen wie die schweizerischen Gesetze gehen nicht etwa darauf aus, die marktwirtschaftliche Ordnung zu festigen und vor Angriffen zu bewahren. Im Gegenteil, es soll den Behörden mehr verfassungs- und gesetzesrechtliche Ellbogenfreiheit verschafft werden, um gegebenenfalls »schwerwiegende Eingriffe« in die liberale Ordnung vollziehen zu können, ohne mit der Verfassung in Konflikt zu geraten. Darum ist dem Schweizer Bundesrat daran gelegen, »den Verfassungsartikel möglichst breit anzulegen«.

Hat man aber die Handels- und Gewerbefreiheit in der Verfassung bis zur Unkenntlichkeit verwässert, wird sie niemandem mehr Richtschnur für sein politisches und wirtschaftliches Handeln sein können.

Solange die Notenbanken ihren monetären Pflichten zur Wahrung der Geldwertstabilität nicht nachkommen, werden alle symptomtherapeutischen »Maßnahmen« der schlauesten Regierungen im vorneherein zum Scheitern verurteilt sein.

Rühmliche Ausnahmen machen hüben wie drüben die Wissenschaftler: in der Bundesrepublik der »Sachverständigenrat«, in der Schweiz die »Kommission für Konjunkturfragen«. Hier werden eindeutig flexible Wechselkurse als Voraussetzung für eine erfolgversprechende binnenwirtschaftliche Stabilisierungs- und *Wachstumspolitik* postuliert und verlangt, daß sich die Geld- und Kreditversorgung der Wirtschaft in allen Teilen regulieren läßt, was letzten Endes ohne Umlaufsicherung des Geldes nicht zu bewerkstelligen ist.

Beherrschung der Notenemission, außenwirtschaftliche Absicherung durch flexible Wechselkurse, das sind Grundpfeiler jeder Politik des

harmonischen Wachstums bei Vollbeschäftigung, Stabilität des Geldwerts und gleichgewichtige Zahlungsbilanz.

Hohe Wachstumsraten sind bei kleinen wie bei großen Raten des Geldwertschwundes möglich. Ebenso auch *kleine*, angemessene, stetige Raten des Wirtschaftswachstums.

Die Inflation, ob galoppierend oder auf kleinem Feuer, ist *nicht* Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum. Bei stabilem Preisniveau ist sowohl eine kleine wie eine große Wachstumsrate möglich. Hingegen ist bei Deflation das Wachstum der Wirtschaft stagnierend und abfallend.

9. *Die Grenzen des Wachstums*

9.1. *Die Unterentwickelten*

Wer wünscht sich nicht Wachstum, Steigerung seines Wohlstands? Wer hat nicht immer Grund, vergleichend auf andere hinzudeuten, die es besser haben, ja sogar bei weniger Aufwand, bei weniger Einsatz, bei weniger Engagement besser haben?

Im Kanton Bern ist im Dezember 1971 mit 47 587 Ja gegen 44 955 Nein ein »Gesetz zur Förderung der bernischen Wirtschaft« vom Volk knapp angenommen worden, dessen z. T. professorale Initianten behauptet hatten, der Kanton Bern, vor allem das bergische Oberland, sei gegenüber anderen Kantonen der Schweiz unterentwickelt.

»Großbritannien — zu Beginn unseres Jahrhunderts noch das reichste Land der Erde — ist inzwischen in der Tabelle der sogenannten reichen Völker an das Ende gerutscht. Innerhalb der Zehnergemeinschaft wird es nur noch gefolgt von Italien und Irland. Daran dürften weniger die vielzitierte englische Tee-pause schuld sein, als der allzu einseitige Ausbau des Wohlfahrtsstaates und teilweise völlig absurde Arbeitskämpfe.« — steht in einem Bankbericht zu lesen.

Die *Entwicklungshilfe* strebt das Wachstum der Wirtschaft und damit des Wohlstandes ganzer Nationen an. Zu den »Entwicklungsländern« gehören nicht nur zurückgebliebene Negerstaaten, sondern auch alle Chancen verpatzende und verplempernde Staaten wie eben

Großbritannien, Italien, Griechenland, Spanien, Portugal — von den Oststaaten gar nicht zu reden.

Für Wachstum, Entwicklung, Entfaltung, Erweiterung, Expansion bestehen immerfort tausend Gründe, sowohl für das einzelne Individuum, für Berufs-, Gewerbe- und Industrie-Gruppen wie für Landesteile und für ganze Völker und Volksgruppen. Denken wir nur schon an das Wachstumsrennen zwischen Ost und West, wo es um die wirtschaftliche und damit auch militärische Vormachtstellung geht.

Denken wir auch an das Wort eines hohen geistlichen Würdenträgers zum Thema Geburtenbeschränkung:

»Die Zahl der am Bankett des Lebens Teilnehmenden soll nicht vermindert werden.«

Welch lukullische Anspielung eines Satten auf die Hunderte von Millionen in Slums wohnender und Hungers sterbender Menschen in allen Kontinenten.

Schon nur um diese Millionen Unglücklicher, Darbender, Verbitterter, zum mindesten am untersten Rand des Tisches am »Bankett des Lebens« teilhaben zu lassen, bedarf es unermeßlicher Wachstums-Anstrengungen.

9.2. *Die Diskrepanz zwischen arm und reich,*

zwischen bettelarm, hungersarm und überreich ist viel zu groß, als daß ein Mensch von Mitgefühl und Verantwortung an solchen Problemen achtlos, interesselos, handlungslos vorbeigehen könnte.

Gewiß, die meisten Völker der Erde, vor allem die Industriestaaten, d. h. die viel verfemten »kapitalistischen Länder«, haben durch Produktions- wie auch durch Produktivitätssteigerung innert weniger Jahrzehnte den Wohlstand ihrer Bürger derart massiv gehoben, daß der Ärmste ihrer ungleich viel reicher ist als der Reichste der Armen in Slums und Hungergebieten.

So hätten wir für die wenigen Armen in den reichen Staaten und gegen die Massenarmut in den Entwicklungsstaaten noch genug an wirtschaftlichem Wachstum zu tun.

Angesichts dieser Sachlage bereits von Grenzen des Wachstums zu sprechen, scheint verantwortungslos zu sein, ist doch für die weitaus

meisten Menschen dieser Erde kein Tisch am »Bankett des Lebens« gedeckt — sie können nicht einmal der Brosamen teilhaftig werden, die von der Herren Tische fallen.

Und doch stellen sich hier ernsthafte Probleme. Wer will die Bürger der reichen »kapitalistischen« Industriestaaten dazu bewegen, mit ihrer Wohlstandsvermehrung zuzuwarten, bis das Wachstum der Armen den Stand der heutigen »Reichen« erreicht haben wird? Wer will auf einen besseren Kühlschrank, eine Heimsauna, einen Zweitwagen, eine Flimmerkiste verzichten, bedenkend, daß die Industrie einige Jahrzehnte lang vorwiegend den immensen Nachholbedarf der Entwicklungsvölker befriedigen sollte — angefangen bei Großbritannien?

Wer will es den Industrien in hochentwickelten Staaten verargen, die Massenkaukraft der nie sattgenugten Konsumenten zu nutzen, um quantitativ immer mehr, wenn auch qualitativ immer schlechter zu produzieren — wenn doch alles so leicht Absatz findet: die Menge wie die schlechte Qualität? Was früher zu den sogenannten »dauerhaften Gütern« zählte, ist heute Einjahresware geworden — von der Wegwerfverpackung bis zum Wegwerfauto!

9.3. Die Produzenten und die Konsumenten

Und wer will es dem einzelnen Unternehmen wie dem ganzen System des Unternehmertums verargen, daß es seine Produktion auf Gewinnmaximierung ausrichtet, ist es ihm doch ethisch, moralisch gleichgültig, was es produziert, wenn es nur marktgängig ist und betriebswirtschaftlich rentiert — eben eine Rente einbringt.

Auch wir Konsumenten verzichten ja auch nicht aus sozialen Überlegungen auf den besseren Televisionsapparat, auf das Zweitauto, auf drei Paar Schuhe, wenn wir an zweien genug hätten.

Gewiß haben die Konsumenten kein Interesse an der Flut von qualitativ immer schlechterer Ware, die der Markt anbietet — aber sie kaufen sie doch. Es ist doch schließlich der Käufer auf dem Markt, der durch den Stimmzettel in Banknotenform befiehlt, was, wie, wieviel von welcher Qualität zu produzieren sei.

So wird vom Standpunkt des Produzenten drauflosproduziert und vom Gesichtspunkt des Konsumenten drauflos gekauft — auf der einen Seite gewinnmaximierend, auf der andern Seite wohlstandssüchtig —, bis eben einmal unhaltbare Zustände an das Überdenken der Grenzen des Wachstums mahnen.

Ein ethisch verantwortungsbewußtes und zur Verantwortung ziehbares Verhalten, besonders wenn es scheinbar gegen die Eigeninteressen gerichtet sein muß, ist weder vom einzelnen Unternehmen, noch von den hinter ihm stehenden Geldgebern (um nicht den ideologieträchtigen Ausdruck »Kapitalisten« zu gebrauchen) noch von den einzelnen Käufern im Laden zu erwarten.

Die Unternehmungen versuchen, durch Machtzusammenballungen wie Zusammenschlüsse, Tarifabkommen, Fusionen den Marktgesetzen ein Schnippchen zu schlagen —, die Arbeitnehmer versuchen, durch Machtzusammenballung wie Zusammenschlüsse, Lohntarifabkommen und Streiks ebenfalls die Marktgesetze zu ihren Gunsten umzufunktionieren. Die einen wollen dem Markt zu hohem Preis möglichst wenig geben, die andern möglichst viel zu tiefem Preis nehmen.

Wollte man hier zum Rechten sehen, müßte man hinter jeden Marktteilnehmer einen Polizisten stellen und wo fände man so viele polizeiwilige Menschen mit sozialem Empfinden und volkswirtschaftlicher Erkenntnis, welche willens und fähig wären, »die andern« zu wachstumsgerechten, umweltkonformem Verhalten zu bewegen?

So lassen wir lieber den Markt Markt sein und die Unternehmer und Konsumenten »Egoisten«.

9.4. Die Taten und die Untaten der Regierungen

Was wir aber nicht sein lassen dürfen, das sind die Taten, Untaten oder Nichttaten unserer Regierungen. Bei ihnen liegt die Verantwortung und damit besonders auch bei uns Bürgerinnen und Bürgern, die wir sie gewählt haben.

Die Regierungen haben vorerst und in erster Linie dafür zu sorgen, daß der Markt wirklich spielt, so daß die selbstregulierenden Kräfte marktfremde Exzesse ausmerzen können. Vor allem dürfen sie selbst

nicht dirigistisch angehaucht, unterwandert und ideologisiert sein. Dann haben sie vorausschauend zu handeln, denn »gouverneur c'est prévoir«.

Es hätte in allen Industrie- und Wachstumsstaaten gegolten — und gilt heute noch —, die Inflation nicht derart permanent grassieren zu lassen, daß der Markt dauernd mit zusätzlichem, nachfragehaltendem Geld überschwemmt und damit angeregt wird, dauernd zusätzliche Produkte herzugeben —, was zur Übersteigerung der Produktion, zur zusätzlichen Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften und zu einer Belastung der ganzen Wirtschaft führt, die rational kaum mehr bewältigt werden kann.

So gilt es heute, die Sünden der ungesunden Inflations- und der falschen Wechselkurspolitik auszulöffeln und den bitteren Kelch bis auf den Grund auszutrinken.

Möge das bittere Gift im Alltagsbecher uns noch rechtzeitig wachrütteln und zur Tat rufen, zu einer Tat, die wohl sehr spät, aber nie zu spät ist.

9.5. Die Folgen

Schon Thomas Robert *Malthus* hat 1798 mit seiner Bevölkerungslehre die konkrete Befürchtung in den Raum gestellt, die Mutter Erde könne bei fortgesetztem Wachstum nicht mehr alle ihre Kinder ernähren.

Nun, die heutige Wissenschaft, Produktionstechnik und die Infrastrukturkapazitäten würden durchaus jedem Erdenbürger ein menschenwürdiges Dasein, rein technisch gesehen, ermöglichen. Wenn sie das nicht tun, so liegt das am ökonomischen anstatt am sozialen Denken, an politischen Diskrepanzen, z. T. an konfessionellen Barrieren.

So verdichten sich Bevölkerung, Produktion, Konsumenten in den flächenmäßig kleinen Kulturstaaten und eskalieren in diesen Kleiräumen auf eine geradezu untragbar gewordene Weise.

Der Boden wird knapp und wirft zu Lasten der breiten Schichten, zugunsten der wenigen privaten Bodeneigentümer horrenden Grundrenten ab.

Die Rohstoffe werden über Gebühr abgebaut, auch für Wegwerfware minderer Qualität — ein sehr unwirtschaftlicher Raubbau an der Natur, an den Ressourcen. Der Energiebedarf der auf engen Raum konzentrierten Wirtschaft zwingt zu Atomkraftwerken mit untragbarer Gewässererwärmung und die Landschaft verunstaltenden Kühltürmen, ganz abgesehen vom noch nicht gelösten Atommüll-Problem.

Zunehmend werden Acker- und Grünflächen, Erholungsräume in Beton- und Asphalt-Strukturen umgewandelt — für den Fußgänger und Wanderer, für den Erholungsuchenden ist kein Raum mehr. Der gute alte Brauch, bei der Geburt eines Kindes einen Baum zu pflanzen, ist ersetzt worden durch die Manie, anstatt schmucker Häuser primitiv strukturierte kubische, phantasielose Betonquader in die schönste Landschaft zu setzen — und anstatt Bäume zu pflanzen, solche zu roden.

Die Produzenten erzeugen mit ihren Marktgütern ungeheure Mengen Abfallstoffe und die Konsumenten lassen sie liegen oder überführen sie in die Abwässer. Unsere Flüsse und Seen, Strände und Meere werden zu stickigen Kloaken.

Die schnippischen Hausfrauen kaufen auf dem Markt nur »fleckeloses« Obst, nur voluminös erscheinende Gemüse, »ansehnliches« weißes Brot und zwingen, oder verleiten zum mindesten, die Bauern, die Obstbauern und die Bäcker, ihre Produkte zu insektizidieren, zu spritzen, chemisch zu färben — und dann wundert man sich, daß DDT ganze Tierarten vergiftet und sogar in der Muttermilch dem Säugling zugelutscht wird.

Lauter Sünden, an denen wir alle *persönlich* mitbeteiligt sind — keiner hat das Recht, mit anklagenden Fingern auf andere zu zeigen.

9.6. Der Römer-Klub

Nun ist immerhin das Umweltgewissen erwacht und die Behörden sind in allen Staaten aufgerufen, auf dem Gebiet des Umweltschutzes zum Rechten zu sehen.

Es ist an dieser Stelle, neben vielen anderen Institutionen, welche sich intensiv mit den Problemen der Umweltverschmutzung befassen,

auf den 1968 in der Accademia dei Lincei in Rom gegründete freie »Club of Rome«, der den informellen Zusammenschluß von gegenwärtig etwa 70 Mitgliedern (Wissenschaftler der verschiedensten Provenienz, Industrielle, Wirtschaftler, Humanisten) aus 25 Staaten umfaßt, hinzuweisen. Mit seiner öffentlichen Tätigkeit bezweckt der »Club of Rome« die politischen Entscheidungsträger in aller Welt zur Reflexion über die globale Problematik der Menschheit anzuregen.

Dieser »Club of Rome«, der selbst ein »invisibles Kollegium« auf loser Basis bleiben will, hat im Jahre 1970 — nach Tagungen in Bern und Cambridge (Massachusetts) — einer interdisziplinären Gruppe von 16 Wissenschaftlern unter der Leitung von Dr. Dennis L. Meadows, USA, im Rahmen des Massachusetts Institute of Technology (MIT) den Auftrag erteilt, die Entwicklung der wichtigsten Faktoren zu analysieren, welche auf der Welt das Wachstum bestimmen. Es sollten die möglichen Grenzen und die Interdependenzen aufgezeigt sowie nach Lösungen gesucht werden.

Die Ergebnisse der Arbeit dieser 16er-Gruppe ist nun niedergelegt in dem in 10 Sprachen übersetzten bemerkenswerten Buch »*The Limit to Growth*«; der Titel der deutschen Ausgabe 1972 lautet »Die Grenzen des Wachstums« von Dr. Dennis Meadows. (Herausgegeben von der Deutschen Verlagsanstalt Stuttgart).

Das Buch ist gewissenaufpeitschend und es sollte jedem zur Pflichtlektüre gemacht werden.

Es wird auf die exponentielle Entwicklung mancher Wachstumsparameter aufmerksam gemacht. So z. B., daß sich die Weltbevölkerung bei einer Wachstumsrate von nur 2,1% im Jahr innert 33 Jahren von heute 3,6 Mia. auf 7,2 Mia. verdoppelt.

Vier weitere makroökonomische Größen werden untersucht: die Agrarproduktion, die natürlichen Ressourcen, die Industrieproduktion und die Umweltverschmutzung. Knappheitssymptome machen sich überall bemerkbar. Erachtet man z. B. den gegenwärtigen durchschnittlichen Bedarf von 0,4 ha Landfläche zur Ernährung eines Menschen als ausreichend, so muß beim projizierten Bevölkerungswachstum schon vor dem Jahre 2000 eine hoffnungslose Landknappheit eintreten. Ähnliche Aussagen lassen sich in bezug auf die Weltmeere oder auf das Trinkwasser machen.

Schlimmer steht es mit den nicht regenerierbaren Rohstoffen. Auch hier zeigt sich, daß die exponentielle Verbrauchszunahme die potentielle Reservedauer unheimlich verkürzt, selbst wenn massive neue Vorkommen entdeckt werden könnten. Die Aluminiumproduktion dürfte in 31 Jahren wegen völligem Rohstoffabbau eingestellt werden müssen. In 100 Jahren würden die meisten, sich nicht regenerierbaren Rohstoffe selten und damit extrem teuer sein. Ob bis dann überall Substitute gefunden werden?

Hinsichtlich der Belastung der Umwelt mit Schmutzstoffen stellt der Expertenbericht ebenfalls eine exponentielle Zunahme der Schadstoffe fest. In bezug auf die kritischen Grenzen, nämlich die Frage, welche Schadstoffmenge man der Umwelt aufladen kann, ohne das ökologische Gleichgewicht der Welt schwer zu schädigen, liegen vorläufig keine genauen Erfahrungswerte vor. Gerade deshalb sollte man sehr vorsichtig bei der Freisetzung von Schadstoffen vorgehen, da es eine typische Erscheinung in ökologischen Systemen ist, daß zwischen der Freisetzung von Schadstoffen in die Umwelt und dem ersten Erkennen der negativen Auswirkungen längere Zeit verstreicht und die Schadenwirkungen nicht reversibel sind.

»Die Zeit« hat das aufsehenerregende Buch unter dem Titel

9.7. *»So geht die Welt zugrunde«*

Siebzehn Wissenschaftler sagen den Wachstumstod der Zivilisation voraus, besprochen.

Es stellt sich die Frage, das Wachstum weiterschlitern zu lassen und auf neue technologische Möglichkeiten zu hoffen, den Wachstumstod der Menschheit etwas hinauszuschieben oder sich heute zu bescheiden, um morgen noch leben zu können.

Der MIT-Bericht schildert diese Situation anhand der Geschichte des Walfangs, um zu zeigen, was herauskommt, wenn ein begrenzter Lebensraum immer stärker ausgebeutet wird. Die Walfänger haben einen Grenzwert nach dem andern erreicht und versucht, diese Begrenzung durch den Einsatz noch größerer technischer Hilfsmittel zu durchbrechen. Das Endergebnis dieser Haltung, die Wachstum um jeden Preis verlangt, kann nur die totale Ausrottung aller Walarten

und der Walfänger selbst sein. Der Walfang steht damit grundsätzlich vor derselben Entscheidung, die sich auch der wachsenden Gesellschaft als Ganzes aufdrängt: Ist es besser, innerhalb gesetzter Grenzen zu leben, indem man dem Wachstum Beschränkung auferlegt, oder soll man das Wachstum fortschreiten lassen, bis sich natürliche, vielleicht katastrophale apokalyptische Grenzwerte ergeben und die Menschheit zur Räson zwingen.

Das MIT-Team und damit der »Club of Rome« postulieren keine blinde Opposition gegen den ernsthaften Fortschritt, aber sie machen ernsthafte Opposition gegen den blinden Fortschritt.

Ist das Schwarzmalerei, Kenntnis zu nehmen und beiseite zu legen? Mit nichten. Selbst wenn nur ein Viertel der Prognosen zutreffen würde, muß die Alarmglocke gezogen werden.

Wir haben heute schon genügend apokalyptische Indikatoren, wie DDT, Luft- und Wasser-Verschmutzung, zunehmende Krebs-, Lungen- und Kreislauferkrankheiten bis zu kritischen Strahlenbelastungen, Kontamination, gespritzte, künstlich gesüßte, gefärbte, chemisch haltbar gemachte, unreif gepflückte Lebensmittel, besser gesagt: *Vegetierungsmittel!*

9.8. Was ist konkret zu tun?

Was konkret zu tun sei, wird man fragen. Vorerst einmal alle marktkonformen Mittel anwenden, um grundsätzlich gegen Überhitzung der Konjunktur, gegen extreme, wachstumsorientierte Exportbooms (z. B. infolge falscher Wechselkurse) anzugehen. Es bedarf einer ernsthaften Politik des wirtschaftlichen Gleichgewichts, d. h. vor allem des stabilen Geldwertes. Damit sind schon erste fundamentale Voraussetzungen für ein ausgeglichenes, nicht hektisches Wachstum, und für den Ausgleich in der Volkswohlfahrt geschaffen.

Dann ist der internationale Güter- und Kapitalverkehr von allen Schranken zu befreien, so daß die stark geöffnete Schere zwischen der Produktivität und dem Wohlstand in den entwickelten und den unterentwickelten Staaten sich raschmöglichst schließt. Damit werden Streiks, politische Spannungen und Kriege beseitigt, welche kolossalen Raubbau an den Produktionsfaktoren bewirken.

Ferner sind die bestehenden Schutzgesetze wie Arzneimittel-, Chemikalien-, Lebensmittelkontrolle einmal überhaupt anzuwenden, zum andern viel effektiver zu handhaben. Wo nicht genügend, sind sie auszubauen und neue zu schaffen.

Wichtig ist, daß die Verantwortung und Haftbarkeit der Produzenten nicht beim Absatz ihrer Produkte auf dem Markt aufhört. Sie sind durch Gesetz zu verpflichten, einmal die in ihrem eigenen Betrieb anfallende Umweltbelastung zu neutralisieren (etwa durch Abwasserreinigung, Rückgewinnung von Abwärme, Abgas, Abfall), dann für die Wegschaffung, Auflösung und Unschädlichmachung von Rückständen ihrer Produkte besorgt zu sein (etwa durch Rücknahme von Wegwerfverpackungen, Wegwerfflaschen, kurzlebigen Gebrauchsartikeln bis zur Übernahme der Autofriedhöfe). Die Verantwortung muß *individuell* und nicht kollektiv getragen werden. Die Gerichte sind durch neutrale Wissenschaftler zu unterstützen.

Die Völker aller Nationen sind laufend durch Broschüren und Merkblätter nach dem Bildsystem »falsch — richtig« aufzuklären, um ein Umweltverständnis zu schaffen, wenn sie grobfahrlässig die Interessen des Umweltschutzes verletzen. Wir denken z. B. an das Laufenlassen von Motoren, zum Vergnügen im Quartier herumfahren, Veranstalten von Motorfahrzeugrennen.

Eine ganze Reihe von Maßnahmen zur Entlastung der Umwelt lassen sich durch Gentleman Agreements lösen, z. B. der Verzicht sämtlicher Fluggesellschaften auf den Überschallflug, massive Reduktion der Stadt- und Landeoperationen bei Nacht, um die Schallemissionen zu verringern.

Andere Vorkehrungen dürften unvermeidlicherweise Bevormundungscharakter haben; wie z. B. stark progressive Tarife für Strom-, Gas- und Heizmaterialverbrauch in privaten Haushalten, hohe Steuern für Zweitwagen in derselben Familie, usw. usf. Verbot der Kinder- und Halbwüchsigen-Töfisterei, motorfahrzeugfreie Stadtzonen.

Dem Naturkunde- und Lebenskunde-Unterricht an den Schulen ist ein besonderes Fach »Umweltschutz« beizugeben, in welchem Schulklassen auch aktiv für den Umweltschutz einzusetzen sind als einprägsamster visueller Unterricht.

Dies sind nur einige Anregungen für die große und für die kleine

Ebene. Wir halten fest: Grundsätzlich freie Marktwirtschaft mit Einschränkungen dort, wo die soziale Raison des einzelnen Wirtschaftssubjekts nicht umweltkonform spielt.

9.9. Zusammenfassung

Das Wachstum der Wirtschaft, d. h. des Wohlstandes der Völker, ist grundsätzlich zu begrüßen, besonders dort, wo Unterentwicklung herrscht.

Der Wohlstand und die Wohlfahrt der Völker sind beförderlichst zu nivellieren.

Wohlstands- und Wohlfahrts-Diskrepanzen sind Zündstoff für Streiks, Aufruhr und Krieg.

Es sind wirtschaftliche und währungspolitische Grundlagen zu schaffen, welche ein harmonisches, gleichgewichtiges Wachstum bei Geldwertstabilität und Vollbeschäftigung ermöglichen.

Extreme Wachstumsraten, auch auf Teilgebieten, etwa zufolge falscher Währungspolitik oder unglücklicher dirigistischer Maßnahmen sind zu vermeiden.

Wachstum par force ist eine schlechte Maxime.

Unbeschränktes Wachstum, dort wo bereits ein respektable Wohlstand herrscht, führt sehr bald an unabdingbare Grenzen des Wachstums, welche u. U. katastrophalen Charakter haben.

Das Gewissen für die saubere Umwelt ist laufend zu wecken. Das hat schon in den Schulen zu beginnen.

Der Umweltschutz ist heute eine absolute, kategorische Forderung an jeden — vor allem an die Behörden.

Grundsätzlich Marktwirtschaft, grundsätzlich persönliche Freiheit des Individuums. Dort aber, wo die Lebensinteressen der Allgemeinheit, ja sogar die Existenz des Volkes tangiert werden, sind Einschränkungen der Gewerbefreiheit und der persönlichen Freiheit ein Gebot der Stunde.

Raubbau an den natürlichen Rohstoffen durch Produktion minderwertiger Ware, durch Kriegsdrohung und Krieg ist strikt zu vermeiden.

Noch haben die bereits eingetretenen Schäden kein apokalyptisches Ausmaß angenommen. Die vielfältigen Wachstumsprobleme müssen jedoch gelöst werden, wenn für die kommenden Generationen katastrophale Zustände vermieden werden sollen. Die Zeit drängt. Die Einsichtigen sind aufgerufen.

Ankündigung

*Seminar für freiheitliche Ordnung
der Wirtschaft, des Staates und der Kultur e. V.*

29. Tagung

Für 1973 ist die Sommertagung des

Seminars für freiheitliche Ordnung

für die Zeit

vom 21. bis 30. Juli

wieder in der Bauernschule

in Herrsching am Ammersee

vorgesehen.

Vorläufiges Thema:

Gibt es einen dritten Weg?

Marksteine und Zielgedanken zur Überwindung
privater und kollektiver Macht

Bitte merken Sie den Termin jetzt schon vor und machen Sie
auch Ihre Freunde auf die Tagung aufmerksam.

GIBT ES EINEN DRITTEN WEG?

— Marksteine und Zielgedanken zur Überwindung
privater und kollektiver Macht —

Europa und die Welt können keinen wirklichen Frieden finden, solange der Ost-West-Gegensatz als Kampf um Machtpositionen geführt wird. Zwischen Ost und West wird es auch in Zukunft wesentliche weltanschauliche Gegensätze geben, die das geistige Antlitz der Erde prägen. Wenn östliche und westliche Weltanschauung, Wissenschaft und Bildung jedoch zu Machtideologien mißbraucht werden, tritt an die Stelle geistig-kultureller Begegnung und gegenseitiger Befruchtung der politische Kampf von Machtblöcken, dem die kulturellen und wirtschaftlichen Hilfsquellen dienstbar gemacht werden.

Europa lebt in dem Spannungsfeld dieses Ost-West-Gegensatzes.

Wenn es sich nur darum handelte, zwischen dem sozialistischen System des Ostens und dem kapitalistischen System des Westens das ökonomisch ergiebigere zu wählen, fiele die Entscheidung zugunsten des westlichen Systems nicht schwer, zumal die kapitalistische Wirtschaft und die auf ihr gegründete Gesellschaftsordnung der persönlichen Freiheit einen relativ weiten Spielraum beläßt. Es handelt sich aber gerade nicht um die Wahl zwischen Systemen mit einem größeren oder geringeren Wohlstandseffekt, sondern um die grundlegende Frage nach dem *menschengemäßen* Sozialsystem, nach einem Gemeinwesen, dessen Rechtsordnung Machtausübung von Menschen über Menschen in jeder Form schon von der Rechtsgrundlage her ausschließt. Bei der Analyse der gegenwärtigen politischen Situation und künftigen Entwicklung müssen wir daher vom Menschen als dem entscheidenden Kriterium ausgehen, und zwar vom individuellen, autonomen, nicht primär interessen gebundenen Menschen.

Unter diesem Aspekt heißt die gesellschaftliche Alternative nicht: Sozialismus oder Kapitalismus. Es kann sich auch nicht um einen einfachen Brückenschlag oder Kompromiß zwischen den beiden sich ausschließenden Systemen handeln, denn das Maß an persönlicher Freiheit, die das kapitalistische Wirtschaftssystem dem einzelnen immer noch gewährt, würde dann endgültig in der kollektiven „Gerechtigkeit“ sozialistischer „Errungenschaften“ untergehen. Unsere Aufgabe ist es vielmehr, einen originären „dritten Weg“ zu finden, der frei von Interessengebundenheit, frei von Ideologien und Machtansprüchen gesellschaftliche Lebensformen rechtlich begründet, die sich ausschließlich am Menschen und seinen individuell-geistigen, mitmenschlich-sozialen und natürlich-wirtschaftlichen Entwicklungsbedingungen und Lebenszielen orientieren.

Die kommende Herrschinger Tagung soll dazu beitragen, diesen dritten Weg — jenseits kollektiver und privater Machtansprüche — näher zu bestimmen mit dem Ziel, daß persönliche Freiheit und soziale Gerechtigkeit durch eine Ordnung der Gegenseitigkeit von individuellen Ansprüchen und individuellen Leistungen auch politisch verwirklicht wird.

Kommen Sie zur Herrschinger Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 21.—29. Juli in der Bauernschule in Herrsching am Ammersee.

Wir laden Sie zur Mitarbeit ein!

Seminar für freiheitliche Ordnung

VORLÄUFIGES PROGRAMM*

Zeit	Samstag 21. Juli 1973	Sonntag 22. Juli 1973	Montag 23. Juli 1973	Dienstag 24. Juli 1973	Mittwoch 25. Juli 1973
9 Uhr	Das Tagungsbüro ist ab 10 Uhr geöffnet	<i>Eckhard Behrens</i> Autonomie und Gesellschaftliche Verantwortung von Schulen und Hochschulen – Überwindung von Machtpositionen im Bildungswesen			<i>Ernst Winkler</i> Die konjunkturpoli- tischen Bedingun- gen des wirtschaftlichen Gleichgewichtes
10.30 Uhr	Pause				
10.45 Uhr		<i>Ernst Winkler</i> Hemmungslosigkeit oder Proportionalität des Wirtschaftswach- stums – ein gesell- schaftliches Macht- problem	<i>Gruppenarbeit*</i>		
12.30 Uhr	Mittagessen				
16.00 Uhr	Begrüßung und Vorstellung	<i>Hans Ullrich Gailwas</i> Über die Macht	<i>Elmar Pieroth</i> Was bedeutet Wirtschaftsdemokra- tie? – Keine Mitbe- stimmung ohne Mit- verantwortung im Betrieb –	<i>Volker Schmidt</i> Die Bodenrechts- reform	<i>Hermann Hummel- Liljegren</i> Rechts- und Strukt- fragen zur freien Stiftungsuniversität
18.00 Uhr	Abendessen				
20.00 Uhr	<i>H. H. Vogel</i> Wo stehen wir auf dem Weg zur Freiheit für alle? – Gibt es einen dritten Weg –	<i>Lothar Vogel</i> Freiheitsimpuls zu Beginn der Neuzeit – Keime zu einer gesamtgesellschaft- lichen „Gewaltent- teilung“ –	<i>K. P. Hensel</i> Löst die soziale Marktwirtschaft das Machtproblem in der Wirtschaft?	<i>Gerhard Leibholz</i> Mehr Demokratie oder mehr Freiheit	<i>Johannes Flügge</i> Lernzielplanung u. totalitäre Gesell- schaftspolitik

Gruppenarbeit

- Wirtschaft: a) Hemmungslosigkeit oder Proportionalität des Wirtschaftswachstums – ein gesellschaftliches Machtproblem
 Leitung: Ernst Winkler, Eckhard Behrens
- b) Die Bodenrechtsreform Leitung: Jobst v. Heynitz, Günter Friedrich
- c) Über die Notwendigkeit eines Weltwährungssystems Leitung: Fritz Penserot
- Staat: Die Grenzen des Staates – Freiheit und Gleichheit, die Grundsäulen der Demokratie Leitung: Heinz-Peter Neumann
- Kultur: Das Selbstbestimmungsrecht des Menschen – Die rechtlichen Strukturen eines freien Bildungswesens
 Leitung: H. H. Vogel, Detlef Böhm

VORLÄUFIGES PROGRAMM*

Donnerstag 26. Juli 1973	Freitag 27. Juli 1973	Samstag 28. Juli 1973	Sonntag 29. Juli 1973	Montag 30. Juli 1973
<i>Lothar Vogel</i> Anthropologie und Soziologie			<i>Podiumsdiskussion</i> Arbeitsgruppe Staat	Abreise
Pause				
<i>Gruppenarbeit*</i>		<i>Podiumsdiskussion</i> Arbeitsgruppe Wirtschaft	<i>Podiumsdiskussion</i> Arbeitsgruppe Kultur	
Mittagessen				
<i>Ludwig Weinacht</i> Hinfertigung tischer Systeme	<i>Jan Osers</i> Neue Vorstellungen über einen Weg zwi- schen Kapitalismus und Sowjetsozialis- mus in den neuesten Büchern von Sik, Garaudy, Löbl etc.	<i>Werner Maihofer</i> Persönliche Freiheit und soziale Gerech- tigkeit – Das sozial- liberale Ziel	<i>Plenum</i> Aufgaben und Ziele des Seminars	
Abendessen				
<i>Geiger</i> Verstandene Demo- nisationstenden- zen – eine Gefahr für Freiheit und ein zu Kollektiver ht	<i>Geselliger Abend</i>	<i>Podiumsdiskussion</i> Freiheit und soziale Gerechtigkeit – Gibt es einen dritten Weg ? –	Tagungsabschluß mit Schlußvortrag und Verabschiedung	

* Änderungen vorbehalten

Mitwirkende

Eckhard Behrens, Assessor, Universitätsverwaltung Heidelberg

Detlef Böhm, M. A., Bochum-Langendreer

Johannes Flügge, Prof. Dr. phil., Pädagogisches Seminar, Freie Universität Berlin

Günter Friedrich, wissensch. Assistent, Universität München

Hans-Ulrich Gallwas, Wissenschaftlicher Rat Prof. Dr. jur., Universität München

K. P. Hensel, Prof. Dr. rer. pol., Leiter der Forschungsstelle zum Vergleich wirtschaftl. Lenkungssysteme, Universität Marburg

Jobst von Heynitz, Assessor, München

Hermann Hummel-Liljegren, Prof. Dr. jur., Universität Berlin

Gerhard Leibholz, Prof. Dr. jur., Bundesverfassungsrichter i. R., Göttingen

Werner Maihofer, Prof. Dr. jur. Universität Bielefeld. Bundesminister für besondere Aufgaben

Heinz-Peter Neumann, Direktor der LVA Berlin

Jan Osers, Dipl.-Ing., Universität Mannheim

Fritz Penserot, Kirn/Nahe

Elmar Pieroth, MdB, Dipl.-Volksw. (Pieroth-Modell), Bad Kreuznach

Volker Schmidt, Dr. rer. pol., Ministerium für Städtebau und Raumordnung, Bonn

Heinz-Hartmut Vogel, Dr. med., Bad Boll

Lothar Vogel, Dr. med., Ulm

Paul Ludwig Weihnacht, Dr. phil., ehem. wiss. Ass. beim Deutschen Bildungsrat (Prof. Dr. Hans Maier), Universität München. Jetzt Dozent für politische Wissenschaft an der Pädagogischen Hochschule Freiburg

Ernst Winkler, Dr. rer. nat., Mathematiker und Physiker, Lehrbeauftragter für die Ausbildung von Realschullehrern am Staatsinstitut München-Pasing

In Druck:*

LOTHAR VOGEL

Die Verwirklichung des Menschen im sozialen Organismus

sozialanthropologische Studien zum
Kultur-Rechts- und Wirtschaftsleben

Teil I Sozialanthropologie und Phänomenologie der Wirtschaft

1. Die Arbeit — 2. Die Grundlagen der Wirtschaft — 3. Funktionen der Wirtschaft — 4. Die Wirtschaftskrisen — 5. Geschichtliche Beispiele zu Inflation und Deflation — 6. Die Wirtschaft in ihren sozialen Verflechtungen — 7. Motive zur Geschichte des Geld- und Bodenzinses — 8. Die Verwirklichung des Menschen im Wirtschaftsleben

Teil II Betrachtungen zur Kultur-, Rechts- und Sozialgeschichte

1. Zur Kulturanthropologie — 2. Die orientalischen Hochkulturen — 3. Die Geburt Europas — 4. Die keltogermanische Epoche — 5. Das Früh- und Hochmittelalter — 6. Das Spätmittelalter — 7. Die sozialen Kämpfe des 16. Jahrhunderts — 8. Die Neuzeit — 9. Das soziale Kunstwerk, die Antwort des mitteleuropäischen Geisteslebens auf die französische Revolution — 10. Der Kampf und die Freiheit

Teil III Die Sozialordnung der Freiheit

1. Die Ichorganisation des Menschen. Erkenntniswissenschaftliche Vorbetrachtungen — 2. Das Geistesleben — 3. Die Verwirklichung des Menschen im sozialen Organismus

* Auslieferung Frühjahr 1973. Subskription ist vorgesehen. Interessenten wenden sich bitte an die Verlagsauslieferung Martin Sandkühler, 7 Stuttgart 1, Rotenbergstraße 25, oder an das Seminar für freiheitliche Ordnung, 7325 Eckwälden/Bad Boll, Boslerweg 11.

2. Auflage

JENSEITS VON MACHT UND ANARCHIE

Die Sozialordnung der Freiheit
VON DR. HEINZ-HARTMUT VOGEL
1963 156 Seiten

**WESTDEUTSCHER VERLAG
KÖLN UND OPLADEN**

Broschiert DM 9.— Leinen DM 12.—

Bestellungen an:

SEMINAR FÜR FREIHEITLICHE ORDNUNG
der Wirtschaft, des Staates und der Kultur e. V.
7325 Eckwälden/Bad Boll
Boslerweg 11, Telefon 07164/2572

Die Mitarbeiter dieses Heftes:

Hans Hoffmann, Dipl.-Ing., Bern, Grüneckweg 24

Vorankündigung für Heft 103/III–1973

Erwin Stein: Bildung im Dienste des Wohlstandsidols

Herbert Hensel: Zur Autonomie des Menschen

Die mitarbeitenden Autoren tragen die Verantwortung für ihre Beiträge selbst.

Für nichtverlangte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden.

»Fragen der Freiheit«, Zweimonatszeitschrift,
herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung durch Lothar Vogel

Bezug: Seminar für freiheitliche Ordnung, 7325 Eckwälden/Bad Boll
Boslerweg 11, Telefon (0 71 64) 25 72

Preis: Jahresabonnement DM 24,—, sfr. 28,—, ö.S. 180,—
ab 1.1.1973 einschließlich Versandkosten

Bank: Kreissparkasse Göppingen Nr. 20 011 / BLZ 610 500 00

Postscheck: Seminar für freiheitliche Ordnung, Eckwälden/Bad Boll
Postscheckamt Frankfurt am Main 2614 04-602
Schweiz: 30-307 31 Postscheckamt Bern
Österreich: H. Vogel-Klingert, Eckwälden/Bad Boll
Postsparkassenamt Wien 7 939 686

Nachdruck, auch auszugsweise, mit Genehmigung des Herausgebers.

Graphische Gestaltung: Fred Stolle, CH Zürich-Zolikerberg, Weiherweg 4

Herstellung: Anton Hain KG, Meisenheim am Glan

